

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

23. Woche für die Zeit vom 2. bis 8. Juni 1905.

Posen, den 13. Juni 1905.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 129 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Juni 1905:

Eine Generalversammlung der Delegierten
aus dem Großherzogtum Posen wird in
Posen am 19. Juni 1905 Vormittags 11 Uhr im
alten BazarSaale stattfinden.

Tagesordnung.

1. Eröffnung und Wahl der Schriftführer der Generalversammlung.
2. Aufzeichnung der Namen der Herren Delegierten.
3. Verlesung des Protokolls der letzten Delegiertenversammlung.
4. Ergänzungswahl zweier Mitglieder des Provinzialkomitees.
5. Die Angelegenheit der Kassenorganisation in den Kreisen. Referent: Herr M. v. Wienckowski.
6. Die Angelegenheit der Veranstaltung alljährlicher Informationsversammlungen in den Kreisen. Referent: Prälat Wawrzyniak.
7. Freie Aussprache.
8. Schluß.

Das Provinzialwahlkomitee für das
Großherzogtum Posen.

Stefan Cegielski,
Vorsitzender.

Dr. Krysiwicz, Pfarrer Wawrzyniak,
Schriftführer. stellv. Vorsitzender.

M. Wienckowski,
Schatzmeister.

Julian Brzeski. Dr. Anton Chlapowski.
Dr. Thaddäus Szuldrzynski.

Aus Nr. 124 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 31. Mai 1905:

Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften.

Am 26. d. Mts. fand im Lokale der Bank die
Generalversammlung statt. Die Versammlung war
sehr zahlreich besucht.

Kammerherr Stefan Cegielski eröffnete die Ver-
sammlung mit einer längeren Ansprache, welche
ungefähr wie folgt lautete:

Einer der angenehmsten Tage im Jahre ist für
mich der Tag der Generalversammlung unserer Bank,
weil ich als Vorsitzender des Aufsichtsrats bei der

Eröffnung der Versammlung bisher stets das Ver-
gnügen hatte, den Herren zu sagen, daß das Resultat
unserer Tätigkeit nicht nur ein günstiges war, sondern
daß es sogar unser Erwarten übersteige. Sogar in
den weniger günstigen Jahren konnten wir den Herren,
nachdem der Reservefonds reichlich versehen worden
war, eine Dividende von 6% in Vorschlag bringen.
Die guten Resultate verdanken wir natürlich in erster
Reihe der alljährlich wachsenden Privatkundschaft und
dem lebhaften Verkehr mit den Genossenschaften. Wie
viel Institutionen aber gab es und gibt es, welche
einen Interessentenkreis besitzen, und trotzdem sich
nicht heben, im Gegenteil untergehen. Und deshalb
gebührt Anerkennung dem Vorstände der Bank,
welcher zugleich mit den Hilfskräften die Interessen
unserer Institution ausgezeichnet wahrnimmt und sich
durch Energie, Berufskennntnis und Liebe zur Sache
auszeichnet, ferner gebührt Dank dem geistlichen
Kurator für den Schutz der Institution und die
Pfleger des Verkehrs zwischen den Genossenschaften
und der Bank, und schließlich gebührt Dankbarkeit
dem Aufsichtsrat, welcher seine Pflichten eifrig erfüllt,
über alle Angelegenheiten informiert ist und dem
Vorstande auf jeden Ruf mit Rat und Hilfe dient.
Es war stets unser Grundsatz, sich in für die Bank
schlechteren Zeit nicht pessimistischen Gedanken hinzu-
geben und aus Befürchtung für die Zukunft die
Dividende nicht herabzusetzen, andererseits aber ließen
wir uns in für uns besseren Jahren niemals vom
Optimismus leiten und wir brachten immer nur 6%
Dividende in Vorschlag, dafür behielten wir bedeutende
Fonds für unsere Reserven. Das Jahr 1904, für
welches wir den Bericht erstatten, ist das beste
während des Bestehens unserer Bank, und auch dies-
mal werden wir den Herren nur 6% Dividende in
Vorschlag bringen, was ungefähr 60 Tausend Mark
ausmacht, und dem Reservefonds werden wir über
70 Tausend Mark überweisen, so daß dieser Fonds
über 420 Tausend Mark betragen wird, also un-
gefähr die Hälfte des gegenwärtigen Anlagekapitals.

Die wichtigste Angelegenheit der heutigen General-
versammlung ist die Beschlußfassung über die Erhöhung
unseres Kapitals von einer Million auf drei Millionen
Mark. Es ist dies keine neue Sache. Sie wurde
schon in der vorjährigen Generalversammlung unserer
Bank und in der vorjährigen Versammlung der Er-
werbsgenossenschaften in Gnesen besprochen, in welcher
der Beschluß nach dieser Richtung hin einstimmig ge-
faßt wurde. Ich bemerke ausdrücklich, daß uns zur
Erhöhung des Kapitals nicht der Mangel an Geld
veranlaßt; im Gegenteil, Geld haben wir im Überfluß,
doch muß jede Bank, welche sich vorchriftsmäßig ent-
wickelt, von Zeit zu Zeit ihr Kapital erhöhen. Vor

allen Dingen gebietet es die Vorsicht und Ehrlichkeit, das eigene Kapital zu erhöhen, wenn die Depositen wachsen, wenn das fremde Kapital wächst. Es muß ein gewisses Gleichgewicht zwischen dem eigenen und dem fremden Fonds innegehalten werden. Unsere Depositen sind annähernd auf 15 Millionen Mark gewachsen, mithin ist zwischen dieser Summe und dem eigenen Kapital von 1 Million ein allzugroßes Mißverhältnis, daher muß das Kapital auf 3 Millionen Mark erhöht und unsere Satzungen müssen entsprechend geändert werden. Den Entwurf legen wir den Herren heute vor.

Schließlich erkläre ich den Herren, daß Herr Tadeus Braunek, welcher von Anfang an Mitglied des Aufsichtsrats unserer Bank und einer ihrer Gründer war, uns mitgeteilt hat, daß er wegen hohen Alters, Kränklichkeit und eines Unglücksfalls, welcher ihn durch den Tod seiner seligen Ehefrau betroffen hat, weiterhin eine Wiederwahl als Mitglied des Aufsichtsrats nicht annehmen werde. Der Aufsichtsrat, Kurator und Vorstand sprachen dem Herrn Braunek wegen seines Vorsatzes ihr Bedauern aus und dankten ihm brieflich in herzlichen Worten für die treue Arbeit um das Wohl der Bank. Ich hoffe, daß auch die Generalversammlung diesem verdienten Bürger für seine zwanzigjährige erfolgreiche Tätigkeit im Aufsichtsrat unserer Institution danken wird. Sie haben sich meine Herren, von den Sitzen erhoben, was ich hiermit konstatiere.

Den Bericht über die Tätigkeit der schätzbaren und hochverdienten Institution erstattete klar und ausführlich Herr Dr. Ruzztelan, Direktor der Bank. Über diesen Bericht werden wir uns nicht auslassen, denn wir haben ihn vor einigen Tagen auszugsweise veröffentlicht. (Der Bericht der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften ist in Nr. 20 auf Seite 475 des Gesamtüberblicks enthalten.)

In der Versammlung sprachen wiederholt der Patron Wawrzyniak, ferner Dr. Rzepnikowski, der geistliche Rat Mojzykiiewicz, Geistlicher Dr. Wolzlegier, Direktor Wienckowski, Großmann aus Hohensalza und andere. Geistlicher Rat Mojzykiiewicz und Herr Großmann sprachen mit großer Anerkennung für die Arbeit des Herrn Direktor Dr. Ruzztelan.

Im Namen der Revisionskommission referierte Herr St. Krysiiewicz.

Auf Antrag des Herrn Dr. Rzepnikowski dankten die Versammelten dem Herrn Direktor Dr. Ruzztelan für die vorzügliche Leitung der Bank.

Weitere Einzelheiten der Versammlung führen wir nach dem Wielkopolanin an.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kammerherr St. Cegielski, legte die Verteilung des Reingewinns vor. Die Verteilung wurde gemäß dem Vorschlage des Aufsichtsrats angenommen — ebenso auch dem Vorstande und dem Aufsichtsrat der Reihe nach Entlastung erteilt.

Zu dem Punkt der Beschlußfassung über die Wahl des Aufsichtsrats teilte der Geistliche Patron Wawrzyniak mit, daß an Stelle des ausscheidenden Mitgliedes der Patron der Ruszitalvereine, Herr v. Chlapowski, die Wahl annehmen werde. Der Vorsitzende legte den Versammelten die neuen Satzungen vor und machte auf die darin enthaltenen Änderungen aufmerksam.

Der Patron Wawrzyniak erklärte die Gründe, nach welchen die Genossenschaften ein Interesse an der Subskription der Aktien haben, ferner, daß es sich empfiehlt, neue Aktien gemäß ihrem Nominalwert, also nicht nach höherem Kurs auszugeben, und endlich,

daß den früheren Aktieninhabern das Vorzugsrecht zum Erwerb von Aktien nicht zuerkannt werde.

In der Diskussion über die Erhöhung des Kapitals ergriffen die Herren Theurich, Direktor Wienckowski, Geistlicher Dr. Wolzlegier und Dr. Rzepnikowski das Wort.

Nach beendeter Diskussion gab Notar Herr Ludwig Eichowicz den Ausfall der Wahlen bekannt. Einstimmig gewählt wurden Geistlicher Rat Kotecki, Johann v. Glembocki und Josef v. Chlapowski aus Rzegocin.

Darauf wurden die Satzungen ohne Änderungen angenommen und die Erhöhung des Aktienkapitals von einer Million auf drei Millionen mit allen gegen eine Stimme beschlossen, — auch wurde einstimmig beschlossen, die Aktien al pari zu emittieren und den Aktieninhabern das Vorzugsrecht nicht zuzuerkennen. Der Vorsitzende, Herr St. Cegielski, stellte fest, daß die vorstehenden Beschlüsse für die Bank äußerst wichtig seien. Patron Wawrzyniak erklärte einige Angelegenheiten, welche die Tätigkeit des Direktors und der Bank betrafen. Herr Großmann aus Hohensalza beantragte, dem Direktor Herrn Dr. Ruzztelan Anerkennung auszusprechen, was Beifallklatschen bei den Versammelten hervorrief. Nach Besprechung einiger anderer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Aus Nr. 123 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 30. Mai 1905:

Die Polen und die Internationalisierungspolitik.

In der gestrigen Nummer kündigten wir unter obigem Titel einen Artikel eines der tüchtigsten Warschauer Statistiken an. Er wird zuerst in dem russischen Blatte Rus erscheinen. Wir sind ermächtigt worden, davon nach eigenem Ermessen Gebrauch zu machen.

Indem wir dies dankend tun, gestatten wir uns, vor allem die erste Hälfte des Artikels fortzulassen, welcher die russische öffentliche Meinung mit Hilfe der Rus vorzüglich informieren kann, aber für uns nicht dringend nötig ist. Denn die wahre, aber scharfe Kritik der von den Deutschen den Polen gegenüber befolgten Politik, eine historische oder aktuelle Kritik spricht von Dingen, welche uns vorzüglich aus der Nähe bekannt sind, auch gibt es bei uns nicht eine Menschenseele, welche von der Gier der hafatistischen Polenpolitik und von der vorgeblichen Freundschaft dieser Politik gegenüber Rußland überzeugt werden müßte, einer Freundschaft, deren Zweck eben die Schwächung Rußlands selbst ist durch Aufrechterhaltung eines unausgesetzten Zwistes zwischen den Polen jenseits der Grenze und Rußland selbst.

Doch die Exterminationpolitik der deutschen hafatistischen Strömung hat und kann, wie der Autor feststellt, keinen Erfolg haben; denn wie richtig einer der hervorragenden deutschen Denker, Franz v. Holzendorf (Die Prinzipien der Politik, Berlin, 1879, Seite 158) gesagt hat, muß eine unmoralische Politik, wie dies nach der Meinung vieler die hafatistische Politik ist, für ein weiteres Ziel notwendigerweise zum Fall der ganzen Verfolgernation führen. Es ist das eine gerechtfertigte Warnung für die russische Regierung und das russische Element, das fast stets und überall nach deutschem Beispiel und Muster handelt.

Mit Recht hebt mithin der Autor hervor, daß bei uns trotz Bedrückung und Verfolgung das polnische Element sich in gewissem Sinne hebe; es gilt aber, in dieser Hinsicht unsere öffentliche Meinung zu warnen, daß in dieser Beziehung seine Anschauungen sehr

optimistisch sind, namentlich auch hinsichtlich Schlesiens. Raffinierter Pharisäismus sind die vorgepiegelten deutschen Befürchtungen vor einer angeblichen „polnischen Gefahr“ und von dem übertriebenen Sichheben der polnischen Kraft. Man will dadurch die Regierung und den Haktismus anregen, die verfolgerischen Anstrengungen zu verdoppeln. Wir aber freuen uns, daß sogar unsere Feinde selbst anscheinend anerkennen, daß unser Leben elementar sich wiedergebäre. Wir halten uns, das ist wahr, bewundernswert, und werden uns halten usque ad finem, verderben wir uns aber die geistige Stählung nicht durch unnötige und trügerische Prahlereien.

Der zweite Teil des Artikels ist namentlich der Kritik der deutsch-russischen Freundschaft gewidmet. Wenn deren Ende nur nicht ein trauriges würde und sich nicht auf unserm Fessl diesseits oder jenseits der Grenze niederschlägt! Darum ergreifen wir, wie wir dies gewöhnlich tun, das Wort im warnenden Sinne und wir geben hier umfangreichere Absätze aus dem Artikel des Herrn D. wieder.

Er schreibt bezüglich des angeblichen Wiedergeborenwerdens unsres Elements unter Bedrückung:

„Die unerwarteten, der Voraussetzung der Haktisten getadelt zuwiderlaufenden Resultate, welche die polnischen Herzen mit unerschütterlichem Mut für die Zukunft erfüllen, haben, statt in ihrer (der Haktisten) Politik eine prinzipielle Wendung hervorgerufen, (eine von jenem alten Freunde der Menschheit, dem Verstande, dem besten Regulator der Staatspolitik gewiesene Wendung) einzig die Anregung gegeben zu noch größerer Eut zwecks Verwirklichung des nicht zu verwirklichenden Programms der Ausrottung der großen, lebenden polnischen Nationalität.

In dem dünkelfaften und verblendeten Streben nach dieser Utopie und vor allem und hauptsächlich zu Zwecken der Schwächung Rußlands drängen sie letzterem seit einer Reihe von Jahrzehnten angeblich in dessen Interesse eine verheerende und heuchlerische antipolnische Politik auf. So oft es sich in den polnischen Landen auf eine gewisse Vinderung des russifikatorischen Systems anläßt, beunruhigen diese Erscheinungen die Deutschen. Sie weisen auf die „polnische Gefahr“ hin und sind hinsichtlich der Mittel nicht wählerisch, um den Brand des Hasses zu wecken, um die Trennung und den Antagonismus zwischen den beiden größten slawischen Nationen zu schüren.

Die Beweggründe hierfür sind klar.

Die Schwächung des einen gewissen Stützpunkt für die Polen überhaupt bildenden polnischen Elements soll einerseits die Germanisierung der polnischen Lande in Preußen erleichtern, andererseits die gewaltsame Einnahme vorbereiten, wie sie selbst die Revindikation des Teiles des Königreichs Polen nennen, der nach der dritten Teilung Polens nebst Warschau Preußen einverleibt worden und bis zum Jahre 1807 in seinem Besitz geblieben war.

In einem solchen patriotischen Zukunftsprogramm üben sich die jungen Generationen der Deutschen auf Anschauungskarten, welche dem künftigen alldeutschen Reiche nicht nur die deutschen Provinzen Österreichs, sondern auch die polnischen Provinzen, sowie die baltischen Gouvernements einverleiben. Dabei geben sie sich wohl Rechenschaft darüber, daß, wenn in den polnischen Nachbarprovinzen einmal schon alle den Polen zustehenden Rechte werden zurückgegeben werden, die Deutschen mit ihrer antipolnischen Politik werden vollständig isoliert werden. Über die beinahe drohende Gefahr gibt sich auch die russische Nation nicht hinlänglich Rechenschaft, und die russische Regierung treibt, den heuchlerischen Einflüsterungen nachgebend, eine preußenfeindliche Politik, welche zu dem eigenen

Interesse, zu der Sicherheit der Grenzmarken und des Landes nicht paßt.

Die deutsche Ansiedlung in der Grenzzone in den Kreisen Niezawa, Wloclawek, Nowominsk des Gouvernements Warschau, in den Kreisen Plock, Ciechanow, Lipnow und anderen des Gouvernements Plock, in den Kreisen Slupce, Konin und Kalisch des Gouvernements Kalisch und längs des ganzen Laufes der Weichsel von Nowydwor angefangen, wächst unvermerkt und nimmt bedeutende Ausdehnung an. Es genügt anzuführen, daß nach der amtlichen Statistik im verfloffenen Jahrhundert vom 1. Januar 1876 an sich allein im Gouvernement Plock in 112 Dörfern und Kolonien 5889 deutsche Familien niedergelassen haben, welche etwa 30 000 Seelen repräsentieren. Im Kreise Lipnow beträgt die deutsche Bevölkerung 12 Prozent der Gesamtzahl der Bewohner. Fast alle diese Kolonien, die sich von der polnischen Landesbevölkerung in Sprache und Glauben unterscheiden, haben ihren nationalen Separatismus und ihre ständige Fühlung mit dem großen deutschen Vaterlande bewahrt, und sie bilden ähnlich wie die deutschen Kolonien im Süden des Kaiserreichs und an der Wolga feindliche Posten im Herzen der slawischen Lande als Vorposten der großdeutschen Aspirationen. In diesen Herden des Deutschtums rekrutieren sich auch die Spionageagenten. Das zugewanderte, dem Slaventum sehr feindlich gesinnte deutsche Element ist im russischen Staate privilegiert und es macht von solchen Rechten Gebrauch auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens, von denen ein ungeheurer Bruchteil der polnischen slawischen Bevölkerung, die seit undenklichen Zeiten auf dem eigenen Boden ansässig ist, ferngehalten wird. Es genügt anzuführen, daß die deutschen Kolonien im Königreich ihre eigenen Schulen besitzen, aus denen die polnische Sprache völlig ausgeschlossen ist, daß in Petersburg und Moskau deutsche Gymnasien bestehen, in denen Deutsche, russische Untertanen, ihre Kinder deutsch erziehen können, daß i. Z. nach dem Jahre 1863 in Warschau ein deutsches Gymnasium gegründet worden ist, daß man die Deutschen nicht wie die Polen vom Staatsdienste und vom Grunderwerb in den neun westlichen Gouvernements ausschließt.

Nicht nur, daß den Deutschen alle Pforten offenstehen, um von allen Rechten gleich den Russen Gebrauch zu machen, unterstützt und begünstigt man sogar das deutsche Element zum offenen Schaden des slawischen, ja noch mehr die russischen lokalen Faktoren — unwahrscheinlich, aber wahr — suchen einen bedeutenden Teil der örtlichen polnischen Bevölkerung, die evangelischen Polen, dem Germanismus in die Arme zu treiben und die natürliche freiwillige Assimilierung des deutschen Elements nicht zuzulassen.

Unter den im Königreich wohnhaften 500 000 Evangelischen Augsburger Konfession ist besonders unter der Intelligenz eine bedeutende Zahl von Polen, etwa 100 000, welche entweder seit der Zeit der Reformation fernpolnisch sind oder von Deutschen herkommen, aber seit der Vorfäter Zeiten her vollständig assimiliert sind, sich von der Allgemeinheit der polnischen Bevölkerung nicht unterscheiden und als Polen angesehen werden.

Die lokalen russischen Faktoren traktieren im amtlichen und privaten Verkehr diesen Bruchteil der polnischen Bevölkerung, die evangelischen Polen — es ist unglaublich — als Deutsche, ungeachtet ihrer unausgesetzten lebhaften Proteste.

Im Jahre 1882 zu Zeiten des berühmten Kurators Apuchin wurde die bisherige Ertelung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache verboten, indem man den evangelischen Polen die Wahl ließ, den Religionsunterricht in russischer oder deutscher

Sprache zu empfangen. Auch hier blieben wiederum alle Bestrebungen nach Wiedereinführung der polnischen Sprache, Bitten, Beschwerden und Deputationen ohne Erfolg. Das System in den deutschen Volksschulen oder den sogenannten Kantoraten bildet in manchen Dörfern und Kolonien eine Anomalie, da die Kolonisten in diesen übrigens nicht zahlreichen Dörfern und Kolonien vollständig assimiliert sind und wenn nicht polnische Schulen (die im Königreich selbst für die kernpolnische Bevölkerung verboten sind) so doch wenigstens die polnische Sprache als Unterrichtsgegenstand fordern, — doch gleichfalls vergebens.

In dem in Warschau bestehenden evangelischen Lehrerseminar mit russischer Unterrichtssprache gibt es sogar keinen polnischen Sprachunterricht als fakultativen Lehrgegenstand. Sogar die Juden werden absichtlich dem Deutschtum in die Arme getrieben.

Vor einigen Wochen hat der Chef der Unterrichtsdirektion in Lodz die Leiterin der zweifelhafte jüdischen Schule in Lodz benachrichtigt, daß der polnische Sprachunterricht in den jüdischen Elementarschulen nach den bestehenden Vorschriften nicht gestattet sei, daß jedoch die polnische Sprache durch die deutsche ersetzt werden könne. Der Leiterin wurde aufgetragen, den polnischen Sprachunterricht vom Plane zu streichen und die einschlägige Lehrerin zu entfernen.

Es ist das ein bezeichnender Zug der Schulpolitik im Königreich Polen. Auf anderen Gebieten finden wir gleichfalls ähnliche Erscheinungen des Protektionssystems.

Die preussische Regierung weist manchmal rücksichtslos jeden Polen (russischen oder österreichischen Untertan) binnen 24 Stunden als lästigen Ausländer aus, ob derselbe nun landwirtschaftlicher Praktikant, oder ein Arzt ist, der an der Zusammenkunft der polnischen Ärzte in Posen teilnehmen will, oder ein Publizist ist, welcher einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten beabsichtigt.

Die preussische Regierung erschwert sogar Russen das Verweilen und das Lernen an deutschen Universitäten. Dagegen öffnet der russische Staat die gastlichen Pforten den Preußen und Deutschen weit, er wirkt mit bei der Bildung ungeheurer Herde des deutschen Handels und Gewerbes in Warschau, Lodz, Zgierz, Dorkow, Pabianice, Sosnowice usw. Er unterstützt diese Herde und die in ihnen organisierten Hakatiservereine. Er erleichtert den Deutschen die Handelsbeziehungen, ohne von den preussisch-deutschen Handelsagenten die Bezahlung der Gildengebühr zu fordern, von diesen Agenten, welche das Königreich und das Kaiserreich mit deutschen Erzeugnissen übersfluten, während doch diese Zahlung der lokale Agent, der russische Untertan, sei er Russe oder Pole zu leisten hat. Diese Lage der Deutschen wird infolge des neuerdings abgeschlossenen Handelsvertrages noch mehr privilegiert sein.

Ein solches ungleiches Maß, ein solches Privilegieren des deutschen Gewerbes und Handels fügt dem Staate unberechenbaren wirtschaftlichen Schaden zu. Ist eine solche selbstmörderische antipolnische antislawische Politik nicht ein Schaden für die Russen und Polen, ist sie nicht eine Arbeit „pour le roi de Prusse“? Mit dem Moment des Entstehens des großen deutschen Kaiserreichs unter der Hegemonie Preußens ist Deutschland, dessen Expansiv- und Raubpolitik einen neuen Schwung erhalten hat (ungeachtet der Protektion?) der größte Feind Rußlands geworden, ein Feind, welcher der Wege und Ziele sich wohl bewußt ist und der den entsprechenden Moment abzuwarten weiß.

Fürs Erste und bis jetzt hat man unmittelbar nicht an Krieg gedacht. Man hat sich wohl Rechenschaft darüber abgelegt, daß die durch das Anwachsen

der deutschen Macht bedrohten anderen Staaten weiteren Länderraub nicht zulassen könnten, und dabei war auch Rußland ein noch allzu starker Gegner.

Jetzt, wo Rußland infolge des Krieges geschwächt worden ist, ist es ein direktes Interesse der Hakatisten, daß es nicht von neuem erstarke. Sie sind bereit, Rußland noch fürs erste Freundschaft und Unterstützung anzubieten, doch unter der notwendigen, schlaue kombinierten Bedingung, daß es auch weiterhin schwach, also von dem guten oder üblen Willen des starken Nachbarn abhängig bleiben werde. Das mächtige Deutschland kann eines starken Rußlands Freund nicht sein. Damit sich aber diese politischen Kombinationen erfüllen, gilt es vor allem eine normale Organisation der inneren Verhältnisse im russischen Reiche zu verhindern.

Die Deutschen verstehen wohl, daß von einer Wiedergeburt und damit von einem Erstarken Rußlands nicht die Rede sein kann (besonders in der jetzigen Zeit nicht) ohne eine gründliche Änderung des Systems hinsichtlich der Polen, ohne das Wiedergewähren der wesentlichsten Gerechtsame, welche den Polen die volle Entwicklung ihrer Muttersprache, ihrer Kultur und Nationalität sichern. Die Deutschen sind sich klar darüber, daß, wenn diese brennende polnisch-russische Frage einmal ehrlich und gerecht erledigt sein wird, wenn den Polen entsprechend unantastbare Bürgerschaften ihres Lebens und ihrer nationalen Entwicklung werden gegeben werden, wenn endlich Rußland sich selbst bei sich einrichten wird in Übereinstimmung mit dem Wohle sowohl aller Bürger als auch mit den Erfordernissen der derzeitigen Gesittung, daß es dann ein furchtbarer und undurchdringlicher Damm werden wird, welcher den Jahrhunderte alten Zug der feindlichen Elemente gegen Osten für immer lähmen wird.

Warschau, April 1905.

Anton Dmuchowski.

Bemerkung. Erfüllen wir, indem wir alles dies des Beispiels und der Warnung halber anführten, nicht eine publizistische Pflicht? Denn wo solche Ansichten geboren werden, bereitet sich da nicht ein Gärstoff vor, der in seinem Schoße Kataklismen für die Zukunft birgt? Vielleicht sind die Ansichten in pessimistischer Richtung übertrieben, es verlohnt sich aber fürwahr, vor der Zeit über sie nachzudenken. Dieses Nachdenken empfehlen wir vor allem den hakatistischen Hegern, denen es scheint, man brauche nur die Hand auszustrecken, um auf dem Felde der slawischen Gegensätze reiche Frucht zu ernten. Und in was wird die Kultur von Jahrhunderten verwandelt werden, wenn die germanisch-slawischen Gegensätze sich verschärfen und unaufhaltsam aufeinanderstoßen werden. Dubius est belli eventus, aber es könnte in dieser Richtung ein Krieg entstehen, der der populärste nicht nur in der gesamten slawischen Welt sondern auf der ganzen Welt überhaupt ist. Gebietet also Euren Trieben Halt, Ihr Herren Hakatisten, solange es Zeit ist, haltet inne mit den Intriguen, seien diese nun eigene oder durch Vermittelung der Juden veranstaltete! Das heißt auch das Wohl Eures Staates, nicht nur das der allgemeinen Kultur.

Aus Nr. 126/127 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3./4. Juni 1905:

Die Fälschung der deutschen öffentlichen Meinung.

Von Herrn Dr. v. Sackowski erhalten wir nachstehendes Schreiben, einen neuen Beweis dafür, daß

die deutsche Presse, indem sie über uns Falsches verbreitet, dies mit Bedacht tut, dagegen sich weigert, die deutsche öffentliche Meinung über die tatsächlichen Absichten und Bestrebungen der Polen zu unterrichten, wobei immer und bei jeder Gelegenheit das Schreckgespenst der „polnischen Gefahr“ in den Vordergrund geschoben wird.

Das uns zugesandte Schreiben lautet:

Liebenstein, 30. Mai 1905.

Geehrter Herr Redakteur!

Während ich hier zur Kur weile, stieß ich vor 14 Tagen im Leipziger Tageblatt auf einen Artikel betreffend polnische Angelegenheiten, und ich erachtete es für erspriesslich, diesem Blatte eine Aufklärung bezüglich einiger seiner, irrigen Ansichten zuzusenden. Nachdem ich eine Woche lang vergebens auf die Veröffentlichung meines Manuskripts gewartet hatte, schrieb ich an das Blatt mit der Bitte, mir das Manuskript zurückzusenden, wenn es sich zur Veröffentlichung nicht eigne. Ich erhielt es gestern mit lakonischem Dank zurück. Daraus ist zu ersehen, wie leichtfertig die deutsche Presse über uns lügnerrische Mitteilungen ausstrent, nicht jedoch die Gelegenheit benutzt, um den Lesern zu sagen, was die Polen selbst von ihrer Lage denken. Es wird geradezu verschwiegen, was die Hofatisten ungern hören.

Ich sende Ihnen jenen Artikel des Leipziger Tageblatt und meinen deutsch abgefaßten Bescheid. Vielleicht verwendet der Dziennik das Material.

Genehmigen Sie, Herr Redakteur usw.

Thaddäus v. Jackowski.

* * *

Brief

an die Redaktion des Leipziger Tageblatt.

Geehrter Herr Redakteur!

Mit großem Interesse habe ich den Leitartikel in Nr. 244 Ihres geschätzten Blattes betitelt „Die Polen und die jetzige Bewegung in Rußland“ gelesen. Wenn gleich ich nicht alles unterschreiben kann, was in ihm über die Vergangenheit und die jetzige Lage der Polen gesagt ist, muß ich doch den objektiven Ton des Artikels und die Tendenz anerkennen, die Wahrheit auf Grund der Zusammenstellung von Zahlen und Tatsachen zu prüfen. Diese Rücksicht veranlaßt mich, Ihnen zwecks weiterer Aufklärung der berührten Frage die nachstehenden wenigen Worte zu senden, die ich hier nicht als Repräsentant irgendeiner Partei oder Korporation aufgezeichnet habe, sondern als wahrheitsliebender Mann, der stets gesucht hat, sich und seine Landsleute kennen zu lernen.

Als solcher muß ich vor allem gegen Ihre Behauptung protestieren, der Deutschenhaß sei notorisch festgestellt worden. Einen solchen Haß gibt es weder heute, noch hat es ihn je gegeben. Selbst Kriege haben in dieser Hinsicht nichts geändert. Ich führe nur das XV. und XVI. Jahrhundert an, in welchen ungeachtet der frischen gegen den Kreuzritterorden geführten Kämpfe deutsche Kaufleute sich in Massen in ganz Polen niederließen, besonders in Krakau, der Residenz der polnischen Könige. Niemand von der einheimischen Bevölkerung hat sie daran gehindert. Das von dem polnischen Adel gewählte sächsische Haus nahm auf dem polnischen Throne im XVII. Jahrhundert Platz und der letzte polnische Herrscher, der Großherzog von Warschau, stammte aus demselben Hause. Alles das sind bestimmte Beweise dafür, daß Deutschenhaß nicht vorhanden war. Nach der Besetzung der polnischen Landesteile durch Preußen lebten die

dort wohnhaften Polen in völliger Eintracht mit den Deutschen, und bis heutigen Tages hat sich in dieser Hinsicht nur wenig geändert. Ich habe allerdings den Eindruck, daß in den letzten Jahren danach gestrebt wird, diesen Haß künstlich zu züchten; es ist nämlich bekannt, daß gewisse Kreise, sei es aus Unwissenheit oder aus falsch verstandenem Patriotismus oder aus egoistischen Beweggründen in Berlin von der Polengefahr erzählen und in Posen die Deutschen zum Boykottieren der Polen zu bereden suchen. Die polnische Presse fordert insolgedessen ihre Leser zur Verteidigung und Wiedervergeltung auf. Die Verhältnisse werden immer gespanntere, — aber sogar auch jetzt habe ich nicht bemerkt, daß der Pole den Deutschen haße.

Der polnische Bauer lebt in völliger Eintracht mit dem deutschen Bauern. Streitigkeiten, Beleidigungen, Schlägereien auf nationalpolitischer Grundlage kommen nie vor. Der deutsche Arbeitgeber beschäftigt gern den einheimischen polnischen Arbeiter, und dieser meidet diesen Dienst keineswegs; er arbeitet für den deutschen Herrn ebenso gern und ehrlich wie für den polnischen. Die Besitzer größerer Güter beider Nationalität helfen sich gern gegenseitig als Nachbarn, und das Gefühl des „Hasses“ kann man dort nicht wahrnehmen. Der gebildete Pole weiß die deutsche Kultur zu schätzen, er weiß, wieviel die Welt ihr verdankt. Er erkennt gern an, daß die Deutschen auch auf seine Nation einen vorteilhaften Einfluß ausgeübt haben, und er ist ein zu guter Christ und vielleicht auch ein zu gutmütiger Christ, um die Deutschen einzig infolge der ungerechten preussischen Politik zu hassen.

Eine gewisse Mißstimmung herrscht, aber darüber darf man sich nicht wundern, wenn man die Mißhandlung berücksichtigt, welcher die polnische Sprache ausgesetzt ist. Der Ausdruck „Mißhandlung“ ist in diesem Falle nicht zu kräftig. In der Provinz Posen wohnen nämlich etwa zweimal soviel Polen als Deutsche, und ungeachtet dessen ist die polnische Sprache in keiner Schule Unterrichtsgegenstand. Kein Pole lernt seit einer Reihe von Jahren weder polnisch lesen noch schreiben. Die polnische Sprache ist jedoch in Posenischen die Sprache, in welcher die Geschäfte der Mehrheit der Bevölkerung erledigt werden. Im Privatleben hat die dortige Bevölkerung seit fast einem halben Jahrtausend polnische Briefe geschrieben. Gegenwärtig soll überall die deutsche Korrespondenz eingeführt werden, da es so der preussischen Regierung gefällt. Ferner haben die Polen bekanntlich eine uralte, auch gegenwärtig blühende Literatur. Da sie jedoch polnisch nicht lesen lernen, müßten sie die Werke eines Mannes, wie z. B. Sienkiewicz, auf welche sie stolz sind, in deutscher, französischer, englischer oder italienischer Übersetzung lesen, wenn alles den Weg ginge, den die Berliner Pädagogen sich wünschen. Indes läßt jeder Pole seinen Kindern Privatunterricht in der polnischen Sprache erteilen. Dadurch entstehen Kosten für die Eltern und eine Arbeitsüberlastung für die Kinder. Wer nicht die Mittel für einen Privatlehrer hat, der findet stets eine wohlthätige Person, welche bereit ist, solche arme Kinder zu unterrichten, allerdings unter der Gefahr, daß die Polizei diese „polnische Gefahr“ aufspürt und daß sodann ein Strafverfahren eingeleitet wird wegen unerlaubten Unterrichtens. Derartige Quellen der Mißstimmung sprudeln in unserm ganzen Lande — ich erinnere nur an das alte und das neue Ansiedlungsgezet, welches dem polnischen Bauern das verbietet, was man dem deutschen aufdrängt — ferner die rücksichtslose Einführung der Amtssprache.

Aber genug der Beispiele. Ungeachtet dessen besteht meines Erachtens kein Deutschenhaß. Vertreter beider Nationen treffen sich oft in der autonomen Provinzial-

verwaltung, in der Landschaft, in verschiedenen Genossenschaften, überhaupt im öffentlichen Leben. Sie arbeiten ruhig nebeneinander und ich zweifle, ob sich ein Deutscher finden würde, der über Bekundungen des Deutschenhasses auf polnischer Seite etwas sagen könnte. Die Nationalitätenfrage tritt einzig bei den Wahlen in mehr rauher Form zu Tage, aber ähnlich treten in diesem Falle die verschiedenen politischen Parteien in Berlin oder in Leipzig gegen einander auf, ohne sich gegenseitig zu hassen.

Ich gedenke nicht zu bestreiten, daß große Unzufriedenheit herrscht sowohl bezüglich der gegenwärtigen preussischen, als auch der russischen Politik. Ob jedoch diese Unzufriedenheit so groß ist, daß sie irgendwelche revolutionäre Schritte veranlassen könnte?

Ihr Artikel, geehrter Herr Redakteur, spricht vom „Träumen von einem nationalen unabhängigen Königreich Polen“, und er schreibt allen Polen mit Ausnahme von Galizien revolutionäre Bestrebungen zu. In dieser Hinsicht befinden Sie sich vollkommen im Irrtum. Seit langem schon haben die Polen aufgehört, sich von Träumen leiten zu lassen. Unstreitig wünschen sie sich, daß ihre Nation sich entwickle und immer mehr in zivilisatorischer und freiheitlicher Hinsicht wachse. Jeder Pole würde den Tag seines Lebens den glücklichsten nennen, an welchem er — wie sie sagen — „ein polnisches unabhängiges Königreich“ schauen könnte, — aber alle wissen, — und darauf lege ich Nachdruck, — daß die Erfüllung dieses Traumes außerhalb ihrer Macht liegt. Alle wissen, daß jeder Schritt, der sei es auch nur etwas an Revolution erinnern würde, schrecklich verderbliche Folgen nach sich ziehen müßte, nicht für den einzelnen, sondern für das Wohlbefinden der gesamten Nation. Jede Nation hat doch dazu eine Geschichte, um aus ihr zu lernen, und die Polen lesen doch die Geschichte der letzten Aufstände nicht vergebens. Diese Aufstände alle sind ohne große Anstrengungen unterdrückt worden, obwohl die Waffe, mit der damals das reguläre Militär versehen war, nicht so unvergleichlich besser war, als die Jägerflinten, deren sich die Aufständischen bedienten. Schlechte Wegeverhältnisse erschwerten die Aktion der Truppen und erleichterten die der Aufständischen. Die Allgemeinheit der Polen unter russischer Herrschaft würde den letzten Aufstand nie entfacht haben, hätte sie dazu nicht Napoleon III. angeregt, indem er ihnen die Intervention Frankreichs und Englands versprach. Mit dieser Intervention rechnete bekanntlich auch Rußland, und erst als es sich überzeugt hatte, daß die intervenierenden Monarchien sich einzig zur Absendung von diplomatischen Noten aufschwangen, trat es mit ganzer Rücksichtslosigkeit dem Aufstande entgegen und erstickte ihn in einem Meer von Blut. Heute beredet keine Monarchie die Polen zum Aufstande, und sie wissen so gut wie jeder andre, daß gegenwärtig kein Aufstand gegenüber dem regulären Militär sich halten kann. Haben doch sogar die tapferen Buren ungeachtet großer Geldmittel und vorzüglicher Bewaffnung, über welche die Polen nie verfügen könnten, und ungeachtet des günstigen Terrains den Engländern erliegen müssen.

Es bliebe noch eine (theoretische) Möglichkeit, die nämlich, daß die polnischen Untertanen Preußens sich mit Hilfe Rußlands von Preußen losrissen. Aber auch darauf rechnen die Polen absolut nicht. Klar muß es für jeden sein, daß Preußen eine Provinz, deren Westgrenze so nahe an Berlin gelegen ist, höchstens nach einem neuen Jena herausgegeben würde. Und das ist doch so unwahrscheinlich und mit jedem Tage unwahrscheinlicher, daß kein auch nur etwas logisch denkender Mensch auf solche Träume die Zukunft der Nation stützen möchte. Außerdem hat Rußland niemals

auch die mindeste Absicht verraten, sich der Polen halber mit Preußen zu verzürnen. Bisher ist stets sogar das Gegenteil der Fall gewesen und es wird so wohl auch noch fernerhin bleiben, da jeder Politiker sich kräftige Bundesgenossen zu Ungunsten schwacher Nationen aussucht, nicht umgekehrt. Sie, geehrter Herr Redakteur, machen den galizischen Polen den Vorwurf, daß sie die Ruthenen bedrücken. Die Erörterung dieser Frage würde zu weit führen. Die Quelle, aus welcher diese Mitteilungen nach Deutschland gelangen, ist sehr trübe. Das Eine muß ich Ihnen jedoch sagen, daß wir Polen unter der Herrschaft Preußens und Rußlands Gott danken würden, besäßen wir die Freiheiten, mit denen die Ruthenen so unzufrieden sein sollen. Sie haben nämlich höhere und niedere Schulen, in denen alle Gegenstände in ruthenischer Sprache gelehrt werden, und in den von ihnen bewohnten Landesteilen wird sowohl in der Rechtspflege als auch in der Verwaltung ihre Sprache nicht als eine fremde angesehen. Soviel verlangen die polnischen Abgeordneten in Berlin sogar nicht.

Ihr oben zitierter Leitartikel gibt selbst zu, daß es nicht zu den charakteristischen Merkmalen des Polentums gehöre, nach einem eigenen unabhängigen Staate zu streben, da in ihm gesagt ist, die Polen in Galizien schmiedeten keine revolutionären Pläne. Es ist dies mithin ein Fingerzeig für die preussische und die russische Regierung, wie man mit den Polen umgehen muß, damit sie zufriedene Untertanen werden. Das Wichtigste für jede Nation ist doch, daß die Entwicklung des nationalen Separatismus ihr erlaubt sei und daß es jedem Bürger gestattet sei, durch physische und geistige Arbeit zur nationalen Entwicklung und damit mittelbar zur allgemein menschlichen Zivilisation beizutragen. Der Staat ist einzig das Mittel zu diesem Zwecke, und nicht bloß Zweck für sich. Eine Nation, welche einen eigenen Staat bildet, ist ihrer Entwicklung sicher. Aber auch ohne eigenen Staat weiß eine Nation sich zu helfen, was nicht nur Galizien, sondern auch Kongresspolen und das Posensche beweist. Ungeachtet aller vom Staate in den Weg gelegten Hindernisse wächst nämlich das polnische Nationalbewußtsein und es dringt in immer breitere Volksmassen ein. Die Entnationalisierung macht keine Fortschritte, obgleich hierfür besonders die preussische Regierung märchenhafte Summen ausgibt. Die preussische Ansiedlungskommission kauft gegenwärtig Güter einzig von Deutschen, da kein Pole ihr verkaufen will, und sie muß diese Güter in Domänen umwandeln, da sie keine Ansiedler finden kann. An den Domänen beschäftigt man wie früher polnische Arbeiter, sodaß schließlich diese ganze Aktion zum Teil einzig eine Änderung des Besitztitels ist.

Die Germanisierung durch die Schule bringt gleichfalls keine Früchte. Ich habe wenigstens nicht ein von polnischen Eltern herkommendes Kind gesehen, welches die niederen oder höheren Schulen germanisiert hätten, noch habe ich von einem solchen Fall gehört.

Ebenso geht es in den polnischen Landesteilen unter russischen Jopeter her. Das Polnische vergessen die Kinder schon deshalb nicht, weil sie außerhalb der Schule lediglich polnisch sprechen, und polnisch lesen und schreiben, in gebildeten Familien lernen sie polnische Literatur und Geschichte fleißig zu Hause.

Wohin soll also dieser Kampf der Regierungen gegen die Polen führen? Ich weiß das nicht — in keinem Falle zu einem verständigen Ziele. Auf beiden Seiten zehrt der Kampf viel Geld und Arbeit auf, und der Besitzstand bleibt unverändert.

Sie werden mich vielleicht fragen, welches Programm die Polen haben. Ich kann es Ihnen genau bestimmen. Das einzige Programm, das sie haben

können, ist das, nach welchem jeder lebensfähige, unter schwierigen Verhältnissen sich befindende Organismus sich entwickelt, d. i. das Programm, sich weiter zu entwickeln aus dem eigenen inneren Vorrat an Lebensfähigkeit heraus und die Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden, indem man sich ihnen anpaßt. So entwickelt sich die Fichte, welche der Zufall in den Felspalten wachsen läßt, langsam, allmählich, aber dennoch sicher, und sie bleibt an der Stelle, wo sie aufgewachsen ist. Sie ändert sich nicht in Stein um, obwohl Steine ihrem Wachstum hindernd im Wege stehen. Ebenso geht es mit den Polen, und es werden niemals aus ihnen Deutsche oder Russen werden ungeachtet alles Drucks. Haben doch die Russen bereits alle Zwangsmittel angewandt: Sibirien, Vermögenskonfiskation, Galgen, Rute, — und alles vergebens. Und es sind das doch weit stärkere Mittel gewesen, als selbst das neue Ansiedlungsgesetz.

Diese schweren Erfahrungen, welche die Polen durchgemacht haben, haben sie gelehrt, ihre Triebe und ihre idealistische Natur zu zähmen. Sie wissen heut schon, daß man im Leben nicht immer das wahre Gute ergreifen kann, sondern daß man zum Teil von einigen Übeln das kleinste wählen muß. Die Polen suchen mithin heut nicht das ideale Gut, die politische Unabhängigkeit, sondern sie geben sich vielmehr damit zufrieden, daß sie die Revolution meiden, welche das größte tödliche Übel ist, und sie wählen das kleinste Übel, d. i. die ruhige Arbeit unter sehr schweren Verhältnissen.

Leben und warten. Diese Worte charakterisieren das polnische Programm. Es kann auf ein neues Jena nicht warten, — behüte Gott vor der Niederlage eines derartigen Krieges. Aber warten, bis es in den maßgebenden Kreisen, welche über die Geschichte der Nationen entscheiden, klar wird. Und zur Beschleunigung dieses Augenblicks haben die Polen ein untrügliches Mittel: leben und sich immer stärker, immer lebensfähiger zu entwickeln.

Dann wird der Augenblick kommen, in welchem die antipolnischen Gesetze ihre verpflichtende Kraft einbüßen werden. Ich begreife nämlich, daß man einem Volke Unrecht zufügen kann, wenn man dadurch sein Ziel erreichen kann. Es ist das nicht schön, aber bis zu einem gewissen Grade noch menschlich, in jedem Falle ein Vorgehen, wie es Staatsmännern eigen ist. Aber ein Volk martern, ohne damit etwas zu erreichen, das wäre nicht nur ein teuflisches, sondern ein unvernünftiges und unpolitisches Vorgehen, da dadurch viel Kräfte und Geld vergebens vergeudet werden.

Im Posenischen sind viel Deutsche und manche Polen der Meinung, die preussische Regierung werde bald zugeben, wie unnötig für sie dieser Kampf gegen das Polentum sei und sie werde ihre ganze Energie und jene Millionen einem anderen kulturellen Zwecke zuwenden. Sind diese Ansichten gerechtfertigt? Sei es, wie es wolle, das Sprichwort sagt, daß die Zukunft den Optimisten gehöre.

Augenblicklich in Bad Liebenstein,
17. Mai 1905.

Dr. v. Jackowski-Wronczyn.

NB. Zu den schätzenswerten Ausführungen des Verfassers kann man hinzufügen, daß nicht die Polen in sich den Haß gegen die Deutschen herausbilden, sondern daß die Deutschen uns auf alle Art zum Haße herausfordern.

Aus Nr. 23 der Praca (Posen)

vom 4. Juni 1905:

Verteidigen wir unsern Boden!

Die Ansiedelung bedroht zwei polnische Güter in der Gegend von Briesen in Westpreußen. Eines dieser Vorwerke Frankenstein bei Briesen ist Eigentum des Herrn Moranski. Es umfaßt über 500 Morgen und besitzt eine Wassermühle. Das zweite Vorwerk ist Borowo bei Richnau in dem gleichen Kreise. Es ist Eigentum des Herrn Bronikowski und hat 300 Morgen Boden erster Klasse. Beide Besitzer wollen ihr Eigentum an einen Landsmann verkaufen, doch bisher melden sich nur Deutsche, darunter die Ansiedlungskommission. Herr Moranski ist bereit, einem Landsmann vom Preise 3000 Mark abzulassen. Vielleicht machen die täglich erscheinenden Blätter ihre Leser auf diese Vorwerke aufmerksam und tragen so zur Rettung des polnischen Bodens bei. Die Eigentümer ihrerseits aber sollten mit Hilfe von Inseraten einen polnischen Käufer zu beschaffen suchen, und zweifelsohne werden sie auch einen solchen finden.

Aus Nr. 126 des Wielkopolanin (Posen)

vom 3. Juni 1905:

Berschacherer.

Grodziszczko bei Buk, den 30. Mai.

Der geehrten Redaktion des Wielkopolanin mache ich eine schlimme Mitteilung, und ich erlaube, daß die übrigen Blätter sie wiedergeben. Wiederum haben wir einen Schacherer.

Der Wirt Thomas Klupeczynski aus Grodziszczko bei Buk hat seine 218 Morgen große Wirtschaft nebst einer Zylinderwindmühle, ein Besitztum, das seit ewigen Zeiten in polnischen Händen war, für 82000 Mark an die Ansiedlungskommission verkauft. Diese Wirtschaft kaufte K. vor 3 Jahren von Herrn Dworczynski aus Buk für 72000 Mark. Jetzt hat dieser offen zugegeben, daß er für die Ansiedlungskommission kaufen werde. Er war in der vergangenen Woche schon drei Tage in Kujawien und sucht ein Grundstück von 300—400 Morgen, um es der Ansiedlungskommission sogleich mit Verdienst weiterverkaufen zu können. Gegenwärtig treibt sich Klupeczynski bei Posen herum. Ich bitte, dies schnelligst in den Wielkopolanin aufzunehmen, um das polnische Publikum vor diesem zu warnen, da Klupeczynski für polnischen Boden einen hohen Preis bietet. Klupeczynski kann kein Wort deutsch und versteht sehr schön vom polnischen Volke zu reden, aber er ist Klupeczynski steht im 47. Lebensjahre und ist von mittlerem Wuchs sowie fahlföpfig.

Obige Mitteilung geben wir auf Verantwortung des Korrespondenten wieder.

Aus Nr. 122 des Dziennik Kujawski (Hohenhalza)

vom 27. Mai 1905:

Aus der Gegend von Grätz wird uns geschrieben: Die Kunde von dem Verkaufe der Genossenschaftsziegelei in Wilanowo erweckt in der ganzen Umgegend großes Interesse. Der Ankauf dieser Ziegelei, welche sehr guten Lehm Boden hat, durch einen Polen oder ein polnisches Institut böte der polnischen Gesamtheit einen überaus großen Vorteil. Um die Ziegelei sollen sich bereits Andersgläubige bemühen; es wäre

schade, wenn dies polnische Unternehmen in fremde Hände übergehen würde. Nähere Informationen erteilt Herr W. Szostak, Brennereiverwalter in Pantaleonowo bei Grätz.

Aus Nr. 123 des Lech (Gnesen)

vom 28. Mai 1905:

Willkommen!

Morgen kommen in unserer Stadt die Delegierten der kaufmännischen Vereine des preussischen Landes teiles zu gemeinsamer Beratung über die Hebung unseres Handels zusammen. Von Bedeutung ist der Umstand, daß die Zusammenkunft gerade in unserer Stadt stattfindet, welche von allen Seiten mit deutschen Ansiedelungen wie mit einem Panzer umgeben ist, der die Entwicklung unseres Handels hemmt.

Und doch wird jeder zugeben müssen, daß trotz so ungünstiger Verhältnisse sich unser Handel hebt und daß dem selbst der seitens der Kolonisation und unserer deutschen Mitbürger ins Werk gesetzte Boykott nichts schaden kann. Es ist das ein Beweis für unsere Lebensfähigkeit, ein Beweis dafür, daß wir die Hebung unserer wirtschaftlichen Lage durch rechtschaffene Arbeit bewirken. Jeden nach dieser Richtung hin unternommenen Schritt begrüßen wir stets mit aufrichtiger Freude, und die morgen stattfindende Zusammenkunft, welche die Arbeit festigen, nach Möglichkeit neue Bahnen weisen soll, gehört zu der Reihe der Erscheinungen der Lebensfähigkeit und Energie unseres Kaufmannsstandes.

Wir begrüßen daher die geehrten Delegierten der auswärtigen kaufmännischen Vereine in unserer Stadt und wünschen, daß die gemeinsamen Beratungen unserem Handel wahren Nutzen bringen.

Ehre dem Kaufmannsstande!

Aus Nr. 61 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)

vom 30. Mai 1905:

Ein Frauen-Lese-Verein.

Gestern Abend 8 Uhr fand im Hofmanskischen Saale eine Versammlung zwecks Gründung eines Frauen-Lese-Vereins statt.

Eröffnet wurde die Versammlung durch Herrn Rowinski, welcher in kurzen Worten den Zweck des Vereins erläuterte. Hierauf wurden die Satzungen mit geringen Abänderungen angenommen.

Als Mitglieder trugen sich 28 Damen in das Verzeichnis ein. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 4. Juni, statt; es wird der Vorstand gewählt werden. Der Verein besitzt gegenwärtig 22 Werke mit 25 Bänden. Damit aber alle Mitglieder lesen könnten, versprach Herr Rowinski, aus seiner Bibliothek Bücher kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Satzungen

des Frauen-Lese-Vereins
in Ostrowo.

§ 1.

Zum Zwecke der Belebung der geistigen Bewegung unter den Frauen in Ostrowo wird ein Verein gegründet unter dem Namen „Czytelnia dla kobiet w Ostrowie (Frauen-Lese-Verein in Ostrowo).

§ 2.

Die Mittel zu diesem Zwecke sind:

1. Das Ausleihen von Büchern.
2. Gemeinsames Lesen, Vorträge, Unterhaltungen.

§ 3.

Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede weibliche Person werden, welche das 17. Lebensjahr vollendet hat. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand; ist die Aufnahme verweigert, so geschieht dies ohne Angabe von Gründen.

§ 4.

Jedes Mitglied zahlt eine Mark Eintrittsgeld und außerdem 50 Pfg. Monatsbeitrag. Dafür hat es das Recht, die Bibliothek zu benutzen und sich an allen Veranstaltungen des Vereins zu beteiligen.

§ 5.

Wer mit den Beiträgen länger als ein halbes Jahr im Rückstande bleibt, muß aus dem Verein ausgeschlossen werden.

§ 6.

Die gewöhnliche Generalversammlung findet einmal im Jahre statt, eine außergewöhnliche entsprechend dem Bedürfnisse.

§ 7.

Die Generalversammlung wählt in geheimer Wahl die Mitglieder des Vorstandes auf die Dauer eines Jahres; sie nimmt die Rechnung ab und erteilt der Kassiererin Entlastung; sie läßt sich über den Stand der Bibliothek berichten.

§ 8.

Der Vorstand besteht aus der Vorsitzenden und deren Stellvertreterin, der Schriftführerin und deren Stellvertreterin, der Kassiererin und deren Stellvertreterin und der Bibliothekarin und deren Stellvertreterin.

§ 9.

Der Vorstand befaßt sich in den gewöhnlichen Vierteljahrsversammlungen mit der Auswahl neuer Bücher für die Bibliothek. Ehe ein Buch für den Leseverein gekauft wird, muß es von mindestens zwei Mitgliedern des Vorstandes gelesen werden, welche darüber Bericht zu erstatten haben.

§ 10.

Im Falle des Auflösens des Vereins verfügt über das Vermögen und die Bibliothek die Generalversammlung.

Wir hoffen, daß dieser neue und für die Frauen erste Verein in unserer Stadt sich in kurzer Zeit die Sympathien der weitesten Kreise erwerben wird. Der Zweck ist ein guter; die Zahl der Mitglieder müßte daher von Tag zu Tag zunehmen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 65 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 1. Juni 1905:

Über das Einvernehmen zwischen dem Zentrum und den Polen

berichteten eine Zeitlang einige Posener Blätter.

Was uns anbetrifft, so beteiligten wir uns an diesen Erörterungen nicht, denn das wäre vergebliche Mühe gewesen. Wir haben einfach keine Zeit zum Strohdreschen. Und die Erörterungen über das Einvernehmen mit dem Zentrum bezeichnen wir deshalb als leeres Strohdreschen, weil in naher Zeit von irgend einem Einvernehmen mit dem Zentrumsleuten nicht einmal die Rede sein kann.

Solange auch nur ein Wahlkreis, in welchem die polnischen Stimmen überwiegen, in dem Besitz der Zentrumsleute verbleibt, muß der Kampf um diesen

Bezirk mit ihnen geführt werden. Das Zentrum wird uns nämlich die Wahlkreise, welche es jetzt inne hat und in welchen die polnischen Stimmen überwiegen, freiwillig nicht abtreten. Uns aber ist es nicht erlaubt, diese Kreise ohne Kampf in seinem Besitz zu lassen, denn das wäre einfach ein Verrat an der polnischen Sache und das ganze Polen wäre berechtigt, uns verächtlich ins Gesicht zu speien. Um diese Bezirke wird also der Kampf geführt werden und wo Kampf sein muß, dort kann doch von einer Eintracht nicht die Rede sein. Von einer Einigkeit mit den Zentrumsleuten kann also erst dann gesprochen werden, wenn wir diese Wahlbezirke mit der überwiegenden polnischen Bevölkerung in Oberschlesien und in Ermland erobern und wenn wir in vielen anderen Wahlkreisen mit den polnischen Stimmen über den Sieg des Zentrums entscheiden werden. Dann werden wir mit ihnen von einem Einvernehmen sprechen, vorläufig wollen wir die Sache nicht berühren. Übrigens, wie die Sachen heute liegen, zeigt es sich immer mehr, daß die Mehrzahl der Zentrumsanhänger von diesem Einvernehmen nichts wissen will, obwohl mancher ehrliche Rheinländer oder Bayer dafür ist.

Es darf nicht vergessen werden, daß die Zentrumsparlei heute die regierende, die Regierungspartei ist, was manchen Strebern und Karrierereitern zugute kommt. Die Regierung muß mit dem Zentrum sehr rechnen, deshalb fällt es ihm sehr leicht, von der Regierung für seine Freunde oder für sich sei es ein höheres Amt, sei es eine gute Propstei oder irgendwelche Auszeichnung zu erlangen. Und deshalb wollten die meisten Zentrumsleute kein Einvernehmen mit den Polen, denn dies würde sie in den Augen der preussischen Regierung in ein schlechtes Licht bringen und ihnen vielleicht manchen Schacher unmöglich machen.

Wenn es den Zentrumsleuten wirklich um ein Einvernehmen mit den Polen zu tun wäre, so hätten sie Gelegenheit, dies zu beweisen, als die Wahlangelegenheit der Abgeordneten Brejski und Korfanty auf der Tagesordnung stand. Indes verdanken wir die Ungültigkeitserklärung der beiden polnischen Mandate lediglich den Zentrumsleuten, denn sogar die Sozialdemokraten stimmten für die Überweisung beider Sachen an eine Kommission, um sie dort noch einmal prüfen zu lassen. Die Zentrumsparleiter aber, mit Ausnahme einiger, welche sich der Abstimmung enthielten, stimmten für die sofortige Ungültigkeitserklärung der Wahl Brejskis und Korfantys. Dem Zentrum also haben wir den vorläufigen Verlust von zwei Abgeordnetenmandaten zu verdanken. Das Verhalten der Zentrumsparlei beweist, daß sie sich nicht mit den Polen vertragen will, deshalb haben wir gar keine Veranlassung, uns ihr mit unseren Friedensbestrebungen aufzudrängen.

Die ganze Gemeinheit in dem Verhalten der Zentrumsleute bei der Ungültigkeitserklärung der Wahl der Abgeordneten Brejski und Korfanty werden wir demnächst in einem besonderen Artikel beweisen.

Aus Nr. 67 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 6. Juni 1905:

Die Ungültigkeitserklärung des Wahl der Abgeordneten Brejski und Korfanty

war hauptsächlich die Heldentat des Zentrums. Die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Korfanty, welcher glücklicherweise jedoch noch Abgeordneter für den preussischen Landtag ist, in welchem er den Herren Zentrumsanhängern und preussischen Polenfreßern zum Trotz die Rechte der polnischen

Arbeiterbevölkerung verteidigt, war geradezu eine politische Schurkerei. Die Veranlassung zu der Ungültigkeitserklärung war angeblich die, daß die Polizeibehörde in dem elenden Dörflein Przelska die Abhaltung einer Wahlversammlung verboten habe. Die Wahlprüfungskommission, in welcher die Zentrumsleute und andere Gegner der Polen die erste Geige spielen, hielt es deshalb für nötig, in allen Ortschaften, die in einem 5 kilometrigen Umfange von Przelska liegen als ungültig zu erklären, das heißt alle Stimmen zu kassieren, welche dort nicht nur für Korfanty, sondern auch für seinen Gegner abgegeben wurden. . . .

Unsere Glaubensgenossen in Oberschlesien werden jedoch den Zentrumsleuten diese Schurkerei nicht vergessen und zum Trotz Korfanty mit einer noch größeren Stimmenmehrheit zum Reichstagsabgeordneten wählen.

Das Verhalten der Zentrumsparleiter, insofern es sich um die Wahl Korfantys handelte, können wir noch halbwegs verstehen, denn hier können sie noch hoffen, daß sie an seiner Statt einen der ihrigen wählen werden. Alle diese ihre Drehereien und Schurkereien könnte man noch halbwegs entschuldigen. Aber das Verhalten der Zentrumsleute bei der Wahl des Brejski ist vollständig unverständlich. Hier begingen sie eine derartige Schurkerei, daß man sie sich scheußlicher nicht vorstellen kann. Die Wahlangelegenheit Brejskis war zum mindesten noch nicht ganz aufgeklärt. In den Protesten der Deutschen war viel Falsches enthalten, was jedoch die Wahlprüfungskommission für wahr erklärte, weil das der Zentrumsparlei, den Nationalliberalen und den Konserverativen so paßte.

Mag die Zentrumsparlei über ihr elendes Verhalten nicht so sehr frohlocken, mag sie nicht so sehr triumphieren, denn wir hoffen, daß das polnische Volk in dem Wahlkreise Thorn—Briesen—Kulm alle seine Kraft zusammennehmen wird, um Brejski erneut in den Reichstag zu wählen. Während seiner kurzen Abgeordnetendauer hat Brejski bewiesen, daß er das Interesse des polnischen Volkes zu verteidigen versteht, deshalb sind wir fest davon überzeugt, daß das polnische Volk es als seine Ehrensache betrachten wird, ihn noch einmal zum Abgeordneten zu wählen.

Aus Nr. 127 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 4. Juni 1905:

In Sachen der Ergänzungswahlen

verzeichnet die Thorner Presse eine Notiz des Dziennik Berlinski, wonach Herr Johann Brejski eine neue Kandidatur entschieden nicht annehmen werde. Die Thorner Presse warnt die Deutschen jedoch, sich durch die vorgebliche Resignation des Herrn Brejski in Sicherheit wiegen zu lassen.

Die Gazeta Grudziadzka schreibt in dieser Angelegenheit:

„Nach einer Mitteilung des Dziennik Berlinski hat sich Herr Brejski entschlossen, eine neue Kandidatur für den Reichstag entschieden nicht anzunehmen. Wenn dies in der Tat der Fall ist, so würden wir dies aufrichtig bedauern. Herr Brejski hat nämlich als Abgeordneter so eifrig für das Wohl des Volkes gearbeitet, daß das Volk doch wohl bei den Wahlen sehr gern die Stimme für ihn abgegeben hätte, damit ein Freund des Arbeiterstandes durchkomme. Darum wäre es uns angenehm zu hören, daß Herr Brejski mit Rücksicht darauf und auf das Wohl der nationalen Sache seine Entschließung rückgängig mache und bereit sei, wieder zu kandidieren.“

Darauf antworten wir:

Schon vor 1 1/2 Jahren war mit Sicherheit zu erwarten, daß das Abgeordnetenmandat des Herrn Brejski werde für ungültig erklärt werden. Darum handelte es sich um die frühzeitige Durchführung der Vorbereitungen für die Ergänzungswahlen. Auf die von Thorn aus erlassene Losung wurde jedoch von gewisser Seite her geantwortet: „Das ist nicht nötig! Wenn die Zeit da sein wird, werden wir das Unrige tun!“ An diesem Widerstande scheiterte alles. Bis jetzt herrschte trotz der Ungültigkeitserklärung der Wahl Ruhe. Die Deutschen haben sich schon seit langem organisiert und einen bedeutenden Fonds zu Agitationszwecken gesammelt; die Sozialisten haben einen eigenen Kandidaten ausersehen und agitieren eifrig für ihn, besonders unter den polnischen Arbeitern, welche vergebens fragen, wer der Kandidat der Polen sein werde. Auch kommen Leute zu Herrn Brejski mit der Frage, ob er die Kandidatur wiederum annehmen werde. Herr Brejski hat diese Frage schon darum nicht bejahen können, da die hierzu berufenen Wahlbehörden das Mandat ihm bis jetzt nicht angeboten haben. Dagegen erschien im Dziennik Poznański eine Korrespondenz, deren Quelle nach dem Stile leicht zu erraten war. In ihr wurde empfohlen, an Stelle der Herren Brejski und Korsanty entsprechendere Kandidaten ausfindig zu machen und es wurde dargetan, „daß es an Kandidaten nicht mangle.“ Auch wir sind der Ansicht, daß es an Kandidaten nicht mangle und daß sich für Herrn Brejski ein Ersatz finden werde, der mindestens ebenso große Aussichten auf Sieg haben werde, wie Herr Brejski.

Weshalb?

Nun, vor zwei Jahren hat man sich auf gewisser Seite Mühe gegeben, Herrn Brejski zum Verzicht auf die Kandidatur zu zwingen mit Rücksicht auf die geistliche Behörde in Pielplin. Man drohte damals mit Sezeßion für den Fall, daß Herr Brejski nicht zurücktreten und durch die höchste Wahlbehörde bestätigt werden sollte. Erst der Sturm, den die gegen Herrn Kulerski gerichtete Broschüre entfesselte, hat jene Seite gezwungen, die Opposition gegen die Kandidatur des Herrn Brejski aufzugeben. Eine andere Seite, welche hauptsächlich aus sozialen und Klassenrücksichten dieser Kandidatur abhold war, war schließlich mit ihr einverstanden einzig aus Überzeugung, daß der polnische Kandidat bestimmt durchfallen werde, da 5 Jahre vorher ein solcher Parlamentarier wie Herr Leo v. Czarinski den Gegnern unterlegen war. Die Abgeordnetentätigkeit hat Herrn Brejski unter jenen Unzufriedenen keine Sympathie eingebracht, im Gegenteil, sie hat bei diesen Leuten die Abneigung verstärkt, und diese ist in verschiedener Form nach außen hin in Erscheinung getreten. Es handelt sich hier zwar um wenig zahlreiche Persönlichkeiten, obgleich auch diese Persönlichkeiten ohne Zweifel ihre Pflicht tun würden, — aber man muß dessen eingedenk sein, daß dies nicht hinreicht. Um zu siegen, bedarf es für uns der Begeisterung und der allgemeinen Opferwilligkeit, die man niemandem anbefehlen kann.

Die Hauptlast der Agitationsarbeit würde mithin auf die Schultern der Land- und Stadtbevölkerung, vor allem aber auf abhängige Leute fallen, welche ihre eigene und ihrer Familien Existenz gefährden. Angesichts der in Berlin herrschenden Verhältnisse kann man sich darüber nicht wundern, daß Herr Brejski die Tränen der Frauen und Kinder nicht auf sein Gewissen nehmen will, welche des Brotes deshalb beraubt werden würden, weil die Männer und Väter in der Wahlagitation an die Stelle von Leuten treten, die zwar unabhängig sind, aber infolge von Klassenvorurteilen gegenüber dem Kandidaten sich kühl verhalten. Wenn Herr Brejski die Mittel dazu hätte, dann würde er

mit Geld zu Agitationszwecken herumwerfen, und es würden sich Vertrauensmänner aus anderen Gegenden finden, Männer, welche von den lokalen hafatistischen Raziken unabhängig sind; — aber Herr Brejski hat nicht die hierzu erforderlichen Mittel, und ein Narr gibt mehr als er kann. Der Unterstützung seiner Kandidatur halber aber auf den Bettel zu gehen, — dazu ist Herr Brejski nicht fähig.

Angesichts dessen wird es am besten sein, wenn die berufenen Faktoren den bisherigen Abgeordneten unbeachtet lassen und einen anderen Kandidaten ausfindig machen, der es mit dem Volke wohlmeint und sich zugleich des Wohlwollens der Geistlichen und des Adels vom Bielgrzym, von der Gazeta Gdanska und vom Dziennik Poznański erfreut. Ohne der Willensmeinung der Wähler und ihrer rechtmäßigen Vertreter vorgreifen zu wollen, schlagen wir ihnen einen unseres Erachtens sehr passenden Kandidaten, den Abgeordneten zum preussischen Landtage Herrn Prof. Schroeder vor. Es ist das ein Sohn des polnischen Volkes, und er erfreut sich als parlamentarischer Veteran der allseitigen Sympathie. Ob aber Herr Schroeder oder jemand anders Kandidat sein wird, — wir werden ihn mit ungeheuchelter Begeisterung im Namen des nationalen Interesses unterstützen. Nicht gebunden durch persönliche Rücksichten, werden wir viel wirksamer handeln können, als wenn Herr Brejski der Kandidat wäre. Darum sind wir dessen sicher, daß wir ungeachtet der unbequemen Sommerzeit das Abgeordnetenmandat behaupten werden, das wir vor zwei Jahren in der Sommerzeit erobert haben. Aber es gilt, sich frühzeitig an die Arbeit zu machen, denn allzuviel Zeit haben wir nicht.

Aus Nr. 124 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 31. Mai 1905:

Der Dziennik Berlinski teilt mit:

„Wir erfahren, daß Herr Johann Brejski, dessen Abgeordnetenmandat vom Reichstage aus geringfügigen Gründen für ungültig erklärt worden ist, eine neue Kandidatur nicht mehr annehmen wird.“

So viel uns bekannt ist, beruht die obige Mitteilung auf Wahrheit. Abgesehen von anderen Beweggründen, könnte Herr Johann Brejski zum zweiten Male die Ausgaben nicht tragen, welche die Wahlagitation von einem Kandidaten in einem so schwer zu erringenden Wahlkreise, wie es der Culm-Briesen-Thorner ist, erheischt. Die Versöhnungsparteiler und die gefärbten Volksparteiler von den letzten Reichstagswahlen waren gar eifrig an der Arbeit, um Herrn Johann Brejski die materielle Möglichkeit, ein Abgeordnetenmandat zu bekleiden, zu nehmen. Jetzt haben sie die Erfolge erlebt und können gleich den Hafatisten vom Zuschnitt der Berliner Germania triumphieren.

Aus Nr. 66 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 3. Juni 1905:

Zu der großen Niederlage Rußlands bemerkt die Gazeta Grudziadzka folgendes:

„Was uns Polen anbetrifft, so drängt sich uns noch ein Gedanke auf. Schon zwei Staaten des berühmten Dreiblatts, welches vor länger denn hundert Jahren unser teures Vaterland in Stücke gerissen hat, erfuhren an ihrer eigenen Haut, wie Qualen und Leiden und Gottesstrafe schmecken. Im Jahre 1866 wurde Österreich geschlagen, jetzt erleidet dessen Nachbar,

Rußland eine Niederlage nach der andern. Der dritte Nachbar und Teilnehmer an der Teilung Polens, Preußen, steht auf dem Höhepunkt der Macht. Aber auch Preußen kann nicht dafür garantieren, daß es immer so bleiben werde. Die ganze Lehre wird wahrscheinlich für Preußen erfolglos bleiben.“

Aus Nr. 65 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)

vom 3. Juni 1905:

Die Germanisierung durch Gebetbücher.

Wir haben bereits berichtet, daß die Regierung den Kreis-Schulinspektoren Mittel zur Verfügung gestellt habe, für welche sie für die fleißigen polnischen Kinder Geschenke, bestehend aus Gebetbüchern — natürlich deutschen — aufkaufen sollen. Derartige Geschenke werden auch die polnischen Kinder in Westpreußen erhalten.

Wie wir jetzt aus der Gazeta Opolaska erfahren, soll die Germanisierung in Schlesien in einer weit gefährlicheren Art und Weise den polnischen Kindern eingetrichtert werden. Die Geistlichen werden dort von den Schulinspektoren deutsche Gebetbücher mit dem Auftrage erhalten, diese unter die Kinder zu verteilen, welche den Konfirmandenunterricht in deutscher Sprache erhielten. Es ist aber allgemein bekannt, daß in den deutschen Abteilungen die Mehrzahl der Kinder polnischer Abstammung ist und die Eltern sie dorthin teils infolge ihrer Abhängigkeit, teils aus Eitelkeit schicken, weil dies „fein“ sein soll. Die Kinder, welche in der polnischen Abteilung vorbereitet wurden, erhalten ein derartiges Andenken nicht und dadurch entsteht nicht nur Erbitterung, sondern in dem Volke wird auch das Verlangen geweckt, ein solches schönes Buch zum Andenken zu erhalten. Wir sehen daraus, welch gefährliches germanisatorisches Mittel das ist.

Soweit uns bekannt ist, werden diese Bücher bei uns nur in der Schule verteilt, offenbar wohl nicht ohne Beteiligung der Geistlichkeit. Auf einem solchen Buche nämlich oder auf diesem germanisatorischen Geschenke in Gestalt eines deutschen Gebetbuches fanden wir die Unterschriften des Allensteiner Herrn Dekans, des Schulinspektors und des Lehrers der betreffenden Schule. In welchem Charakter der Name des Allensteiner Dekans in jenem Buche enthalten ist, wissen wir nicht, denn das Buch wurde uns in der Klenkower Pfarochie gezeigt, welche nicht zu dem Allensteiner Dekanate gehört und in welcher der Allensteiner Dekan auch nicht Lokalschulinspektor ist. Vielleicht soll dies ein Zeichen des Vertrauens für den Dekan seitens der Regierung sein, jedenfalls muß festgestellt werden, daß man sich bemüht, zu allen germanisatorischen Arbeiten bei uns auch die Geistlichkeit heranzuziehen, insoweit diese mehr oder minder dazu geneigt ist.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieses germanisatorische Mittel die Spender enttäuschen wird. Wo das polnische Kind ein derartiges Geschenk bekommt, dort müßten die Eltern es einsehen, daß sie es aus weltlichen Rücksichten, zur Ausrottung der polnischen Sprache, aber nicht aus religiösen Rücksichten oder zur Hebung des göttlichen Ruhmes erhalten haben. Deshalb muß ein solches Buch nicht als ein zu reellen und dem Bedürfnis entsprechenden Zwecke erhaltenes betrachtet werden, wie sie ein Gebetbuch doch haben soll, und es ist am besten, es beiseite zu legen, denn jeder wird wohl noch in der Lage sein, seinem Kinde wenn auch ein billiges, aber schöne und herzinnige Gebete enthaltendes Büchlein anzuschaffen. Möchten nur die polnischen Mütter daran denken und ihre

Kinder, namentlich ihre Töchter (denn mit diesen steht es schlimmer, wie mit den Söhnen) sorgfältig erziehen und deren Herzen die wahre Liebe zu der Muttersprache einimpfen, damit diese Töchter, welche oftmals in die Stadt in den Dienst gehen, nicht selbst ihrer Sprache entsagen und nicht selbst, aus freien Stücken, um mehr der Welt, als Gott zu gefallen, sich deutsche Gebetbücher kaufen — dann werden weder die Geschenke der Schulinspektoren, noch das Germanisierungssystem mit seinem ganzen Apparat uns etwas anhaben können.

Aus Nr. 126 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 3. Juni 1905:

Herr v. Krencki aus Berent teilt uns mit, durch seine Vermittlung seien zwei Besetzungen aus deutschen in polnische Hände übergegangen. Die Käufer seien die Herren Niedrowski und Semrau. Herr v. Krencki hat, wie er schreibt, auf Provision verzichtet. Des weiteren spricht Herr v. Krencki in seinem deutschen Schreiben eine Drohung aus für den Fall, daß er von uns nicht Genugtuung erhalten werde. Wir haben die Sache doch hinlänglich aufgeklärt, indem wir das Provisionsformular des Herrn v. Krencki abdruckten. Durch derartige Drohungen wird Herr v. Krencki niemanden von seiner guten Gesinnung den Polen und dem polnischen Lande gegenüber überzeugen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 17 des Polak (Kattowitz)

vom 3. Juni 1905:

An die Arbeit!

Brüder, Volksgenossen! Mit großer Mühe errangen wir ein Abgeordneten-Mandat im Kreise Kattowitz-Zabrze. Die Zentrumsleute vereinigten sich mit den Regierungsanhängern, Katatisten und Freimaurern und wollen uns unsere Errungenschaft mit des Herrschers Recht entreißen. Wir hoffen aber, daß sich das polnische Volk nicht unterkriegen, ihnen Verstand beibringen und eine solch schändliche Niederlage bereiten wird, daß ihnen in Zukunft die Lust vergehen wird, die Rechte des polnischen Volkes mit Füßen zu treten. Das Komitee hat als Kandidaten wiederum unseren Herrn Albert Korfanty aufgestellt. Teilet dies allen mit und agitiert beizeiten überall dort, wo ihr mit unseren polnischen Brüdern zusammenkommt. Befehret hauptsächlich diejenigen, welche in den Fehlern des Zentrums und der Sozialdemokraten verharren, damit sie ihre Stimmen dem Herrn Korfanty geben. Erzählet allen davon, wie Herr Korfanty in Berlin gearbeitet, wie wacker er das polnische Volk verteidigt hat, und ihr werdet sie sicher überzeugen und für unsere Sache gewinnen. Agitiert also für unseren Abgeordneten!

Aus Nr. 65 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 3. Juni 1905:

Wahl im Bezirk Kattowitz-Zabrze.

In verschiedenen deutschen Blättern lesen wir, daß das polnische Wahlkomitee beschlossen hat, als Kandidaten für die Reichstagswahl im Bezirk Kattowitz-Zabrze wiederum Herrn Albert Korfanty aufzustellen.

Die gleichen Blätter teilen ferner mit, daß diesem Komitee auch die Redakteure des Katolik angehören, sowie daß dessen Verleger Herr Napieralski mit dieser Kandidatur einverstanden war.

An diesen Mitteilungen ist soviel wahr, daß das polnische Komitee Herrn Korfanty als Kandidaten aufgestellt hat. Unwahr ist, daß die Redakteure des Katolik dem Komitee angehören und daß der Verleger des Katolik mit dieser Kandidatur einverstanden war.

Damit unsere Leser diese Angelegenheit gut verstehen, sehen wir uns infolge der Nachrichten in den deutschen Blättern veranlaßt, ihnen folgenden Aufschluß zu geben:

Solange der Katolik und überhaupt die polnischen Blätter in Sachen der Wahlkandidaten eine selbständige Stimme hatten und sich für die Person der von ihnen angenommenen Kandidaten verantwortlich fühlten, war es natürlich, daß sie solche Kandidaten als die ihrigen betrachteten und sie demgemäß persönlich und mit ganzer Kraft unterstützten.

Das mußte sich ändern seit dem Entstehen des polnischen Wahlkomitees. Von diesem Zeitpunkt an entscheiden weder der Katolik, noch andere Blätter über die Kandidatenfrage, denn kein Redakteur ist Mitglied des Komitees, sondern er hat in ihm nur eine beratende Stimme ohne Stimmrecht. Hieraus folgt, daß die frühere Verantwortlichkeit der Zeitungen für die Kandidaten zu existieren aufgehört hat. Heut entscheidet in der Kandidatenfrage nur das polnische Wahlkomitee, und dieses übernimmt auch gegenüber den Wählern die ausschließliche Verantwortung für die aufgestellten Kandidaten. Man kann daher nicht mehr wie früher sagen: das ist der Kandidat dieses oder jenes Blattes, sondern man darf nur sagen: das ist der Kandidat des polnischen Wahlkomitees.

Die unvermeidliche Folge einer solchen Sachlage ist, daß das Komitee einen Kandidaten aufstellen kann, der dem Wunsche dieses oder jenes Blattes nicht entspricht. Und ein solcher Fall liegt eben hinsichtlich der Kandidatur des Herrn Korfanty vor.

Was der Katolik von Herrn Korfanty denkt, das wissen unsere Leser gut. Wir werden dies nicht wiederholen, wir erklären nur, daß sich unsere Überzeugung hinsichtlich seiner nicht geändert hat.

Mit dieser Überzeugung gerieten wir in einen Gegensatz zum Komitee, dessen Mehrheit Herrn Korfanty als geeigneten Kandidaten erachtet. Da der Katolik das polnische Komitee anerkannt hat, und da dieses Komitee in der Kandidatenfrage entscheidet, wird der Katolik mit Rücksicht auf die Disziplin gegen die Kandidatur des Herrn Korfanty nicht auftreten. Jedoch hat er dem Komitee ausdrücklich erklärt, daß er persönlich diese Kandidatur nicht unterstützen wird. Es ist klar, daß der Katolik, wenn er gegen seine Überzeugung handelte, mit Recht den Namen eines charakterlosen Blattes verdienen würde. Dies von uns zu fordern hat weder das Komitee noch überhaupt jemand das Recht.

Daher fassen wir nun die Sache kurz zusammen, damit uns jedermann richtig versteht. Da das polnische Komitee die Kandidatur des Herrn Korfanty aufgestellt hat, ist dieselbe rechtskräftig. Da aber diese Kandidatur der Überzeugung des Katolik widerspricht, können wir sie nicht unterstützen, allein wir werden sie nicht bekämpfen, solange uns Herr Korfanty oder seine Freunde dazu nicht zwingen werden. Wir werden den Aufruf des Komitees, der diese Kandidatur proklamiert, veröffentlichen, dann aber werden wir unsere Leser über die Wahlangelegenheiten unparteiisch unterrichten, — weiter nichts!

Von dieser Stellung wurde das Komitee beizeiten und ausdrücklich in Kenntnis gesetzt. Dasselbe wird auch die ganze Verantwortung für den Ausgang der Wahl tragen.

Aus Nr. 43 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 30. Mai 1905:

Betrifft die Wahl im Bezirk Oppeln.

Es hat sich hier ein Komitee unter dem Namen „Wahlkomitee des polnischen Volkes für den Bezirk Oppeln“ gebildet. Dem Komitee gehören folgende Mitglieder an:

Ignaz Porwol, Häusler in Birkowitz, Nikolaus Czech, Wirt in Gosław, Rochus Kampa, Auszügler in Gosław, M. Stoiko, Halbbauer in Gosław, Br. Koraszewski, Herausgeber der Gazeta Opolska, Karl Noglik, Arbeiter in Oppeln, St. Szychalski, Kaufmann in Oppeln, Thomas Baron, Bauer in Wojtowawies (?), W. Kandziora, Vorwerksbesitzer in Oppeln, W. Liguda, Wirt in Winau, M. Porwol, Hausbesitzer in in Rgl. Neudorf, Johann Serwotka, Halbbauer im Rgl. Neudorf, Michael Bias, Wirt in Szczepanowice (?), Fr. Pażkowski, Zementfabrikbesitzer in Oppeln.

Zum Vorsitzenden dieses polizeilich angemeldeten Komitees wurde Thomas Baron, zu dessen Stellvertreter Karl Noglik, Arbeiter aus Oppeln, zum Schriftführer St. Szychalski aus Oppeln gewählt.

Das Komitee hat sich die Aufgabe gestellt, die Interessen des polnischen Volkes im Kreise Oppeln wahrzunehmen und zu versuchen, ob es nicht möglich wäre, auf gerechter Grundlage und im Namen der Gleichberechtigung eine Verständigung mit der Zentrumspartei im Wahlbezirk Oppeln herbeizuführen.

Aus der Mitte des Komitees hat man sich schon privatim mit einigen Geistlichen, die während der letzten Wahl auf Seiten des polnischen Volkes standen, ins Einvernehmen gesetzt. Einer der Herren Pfarrer hat die Ansicht ausgedrückt, daß wiewohl vorläufig Geistliche, die während der Wahlen mit dem Volke Hand in Hand gehen, dem Komitee nicht angehören, man ihres Wohlwollens und ihrer Unterstützung sicher sein könne; das Volk sollte vor allem selbst beweisen, daß es Bürgersinn besitzt und daß es vernünftig an die Erfüllung seiner Bürgerpflichten heranzugehen versteht, das übrige aber werde sich finden.

Unsererseits sind wir im Namen des Komitees zu der Erklärung ermächtigt, daß wenn die Geistlichen, die an die Spitze der bürgerlichen Angelegenheiten treten wollen, den Wunsch aussprechen würden, dem Komitee beizutreten, das Komitee einem solchen Wunsche natürlich mit Anerkennung und Dankbarkeit willfahren werde, indem es den geistlichen Vertretern den ersten Platz abtreten würde.

Das Komitee hält dafür, daß es ein gutes Werk in Angriff nimmt, und hofft, da es nach Möglichkeit die in unserem Kreise hauptsächlich vertretenen Stände berücksichtigen wird, wohlwollende Aufnahme und Unterstützung auf Seiten aller Leute guten Willens zu finden und so beginnt es seine Arbeit voll Zuversicht.

Im Namen Gottes durch das Volk für die Sache des Volkes!

Hierzu bemerkt der Polak (Kattowitz) in Nr 16 vom 1. Juni d. Jz. was folgt:

Es ist immerhin merkwürdig, daß sich die Gazeta Opolska so auf eigene Faust zum zweiten Male über eine Verständigung mit der Zentrumspartei ausläßt. Zur Inangriffnahme einer solchen Aktion hat doch weder die Gazeta Opolska noch das Oppelner Wahlkomitee ein Recht. Wir nehmen an, daß hier ein Mißverständnis unter den Oppelnern vorliegt, denn sie würden die ihnen zustehenden Rechte überschreiten und die Befugnis des polnischen Wahlkomitees für

Schlesien verkürzen, dessen Kommando sowohl die Gaz. Op., wie das neue Komitee gehorchen müssen, wenn unter den Polen Schlesiens Solidarität und Disziplin herrschen sollen.

Aus Nr. 45 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 6. Juni 1905:

Wahlen.

Oppeln, den 5. Juni.

Das Zentrumskomitee des Oppelner Wahlbezirks hielt heute eine Sitzung ab und stellte als Kandidaten für den preussischen Landtag Herrn Pfarrer Abramski aus Oppeln auf.

Das Komitee handelte nach dem Wunsche der polnischen Bevölkerung im Kreise Oppeln; den Bedingungen hinsichtlich der Verständigung ist also Genüge geschehen.

Um unseren geehrten Lesern den Standpunkt zu beleuchten, den wir zu der abzuhaltenden Ersatzwahl eingenommen haben, führen wir folgende Einzelheiten der von uns geleiteten Aktion an.

Die Redaktion unseres Blattes beschaffte sich von dem „Polnischen Wahlkomitee für Schlesien“ die Ermächtigung, ihr bei der Tätigkeit nach der bei den gegenwärtigen Wahlen angezeigten Richtung freie Hand zu lassen; ferner bildete sich ein „Wahlkomitee des polnischen Volkes für den Oppelner Kreis“, welches die gegenwärtige politische Lage in unserm Bezirk genau in Betracht zog und erwog; alsdann entschloß es sich, vorläufig nur die Landtags-Ersatzwahl im Auge zu behalten und faßte den einstimmigen Beschluß, der Wahl eines Zentrumsabgeordneten zuzustimmen und für diese Wahl unter der Bedingung einzutreten, daß der Kandidat den Wünschen und Interessen der polnischen Wähler entsprechen wird, umsomehr als sich diese Wähler schon während der letzten Wahl mit dem Kandidaten der deutsch-katholischen Wähler an zweiter Stelle einverstanden erklärt und an erster Stelle die Berücksichtigung der polnischen Kandidatur gefordert hatten. Da unser Kandidat durchfiel, weil die Zentrumsparthei von den Regierungsanhängern unterstützt wurde, so befinden wir uns hinsichtlich unserer Wünsche auf dem gleichen Standpunkte, wie vor dem.

Unter mehreren weltlichen und geistlichen Kandidaten, denen das polnische Komitee seine Zustimmung geben würde, wurde auch der Hochwürdige Herr Stadtpfarrer Abramski aus Oppeln genannt. Auf einen einschlägigen Antrag der Herren Wirte Thomas Baron aus Wojtowawies (?) und Kandziora aus Oppeln erklärte man sich einstimmig für diese Kandidatur.

Das polnische Kreiskomitee und die Redaktion unseres Blattes taten ihrerseits alles, was im Rahmen der ihnen von der vorgesetzten Wahlbehörde erteilten Kompetenz möglich war. Nach dem Prinzip der Unabhängigkeit von diesen Behörden wird unser Kreiskomitee auch weiter funktionieren, ohne jedoch diejenigen Ziele aus dem Auge zu lassen, zu deren Erreichung es sich gebildet hat; zu diesen Zielen gehört aber die Rücksicht auf eine Verständigung mit der Zentrumsparthei in solchen Grenzen, in denen es dem Komitee irgend möglich sein wird.

Andererseits hat sich im hiesigen Zentrumskomitee — allerdings nicht ohne lebhafteste Diskussion — gleichfalls eine Neigung zur Verständigung befundet. Herr Pfarrer Abramski übernahm nämlich den Vorsitz nur unter der Bedingung, daß das polnische Volk bei dieser Wahl in dem Grade berücksichtigt werden würde, wie ihm dies mit Recht gebührt, sonst könnte er den Vorsitz nicht auf seine Verantwortung übernehmen,

schon mit Rücksicht auf die Verhältnisse in seiner Parochie. So gebührt also Herrn Abramski Dank für die mannigfachen Mühen, deren er sich nicht nur hinsichtlich der Verständigung und hinsichtlich der Milderung der Gegensätze unterzogen hat, sondern denen er zweifellos auch im weiteren Verlaufe ausgesetzt sein wird.

Daß die Kandidatur des Herrn Pfarrer Abramski aufgestellt wurde, wird nicht nur die ganze Parochie zufrieden und freudig stimmen, bei der sich unser Herr Pfarrer während der seit nahezu zwei Jahren ausgeübten Seelsorge ungeteilte Anerkennung, Vertrauen und Liebe erworben, sondern zweifellos auch den ganzen Wahlkreis, sobald dieser erfahren wird, unter welchen Bedingungen und Umständen die Verständigung hinsichtlich der Kandidatur zu stande gekommen ist.

Wir sind gewiß, daß unser eben erst aufgestellter Landtagskandidat sofort die entscheidende Stimmenmehrheit erhalten wird.

Pfarrer Karl Abramski ist am 3. November 1866 geboren, er steht daher gegenwärtig im 39. Lebensjahre.

Aus Nr. 16 des Polak (Kattowitz)

vom 1. Juni 1905:

Man beratschlagt über unseren Untergang.

Die schlesischen Landräte sollen am 5. Juni in Warmbrunn zusammenkommen, um unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Schlesien, Grafen Zedlitz, über verschiedene Angelegenheiten und unter anderem auch über den Untergang des polnischen Elements, nämlich über die Kolonisierung des polnischen Teils Schlesiens im Interesse des Deutschlands zu beraten. D. h. sie werden dort neue Mittel ersinnen, auf welche Weise Land aus polnischen Händen aufzukaufen, und wie an polnischen Wohnsitzen deutsche Michels anzusiedeln sein werden. Sie werden nachgrübeln, wie man sich zur Bedrückung der Polen am erfolgreichsten der Waffe bedienen soll, welche der preussische Landtag durch Annahme der Ansiedelungsnovelle der Regierung in die Hand gegeben. Liebe Landsleute, ihr seht, wie sich unsere offiziellen und nichtoffiziellen Gegner anstrengen, uns des väterlichen Bodens zu entäußern. Sie wissen recht wohl, daß derjenige Herr im Lande ist, der Grundbesitz in seinen Händen hat. Daher haben wir alle die heilige Pflicht, keinen Fuß breit unseres väterlichen Bodens an unsere Feinde zu verkaufen. Diese erscheinen unter verschiedenen Gestalten in unseren Hütten; einmal versuchen sie uns wie Satane, ein andermal wiederum suchen sie uns durch Drohungen ein Stück väterlichen Bodens zu entreißen. Hören wir auf ihre Einflüsterungen nicht, erschrecken wir vor ihren Drohungen nicht, sondern halten wir wacker an der polnischen Erde fest und überantworten wir unseren Kindern das, was wir als väterliches Erbgut erhalten haben. Durch Sparsamkeit und Arbeitsamkeit werden wir uns auf unserem Landbesitz behaupten, und wir werden alle nicht als Knechte zu unseren Feinden gehen.

Aus Nr. 65 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 3. Juni 1905:

Aus Oberschlesien

wird uns geschrieben:

In Nr. 19 des Dziennik Slonski lasen wir den Artikel aus der Germania: Gerechtigkeit der polnischen geistlichen Behörde. Im zweiten Abschnitt jenes Artikels steht, ein Geistlicher habe eine Rüge erhalten, weil er

die Ansprache unterlassen hat, die nur ein einziges, die erste hl. Kommunion empfangendes deutsches Kind, anhören sollte. — Wie sieht es nun mit den polnischen Kindern, die die erste hl. Kommunion empfangen, bei uns in Oberschlesien aus?

Es wäre interessant zu erfahren, ob auch dafür ein Priester einen Tadel erhielte, wenn man polnischen Kindern eine so große Fürsorge nicht angedeihen ließe. Wie sieht es in dieser Beziehung bei uns in Oberschlesien aus?

Es ist richtig, daß in letzter Zeit nach dieser Richtung hin eine kleine Besserung eingetreten ist, jedoch nicht überall. Ein Beispiel: In einer Pfarochie Oberschlesiens prüfte ein Kaplan die Kinder, d. i. er fragte sie, als sie versammelt waren, welche von ihnen den polnischen und welche den deutschen Katechismusunterricht besuchen wollen. Es meldeten sich fast alle, denn für den deutschen Unterricht blieben nur sieben übrig. Damit waren aber die Herren Lehrer nicht zufrieden. Sie meldeten dies dem Herrn Pfarrer; dieser fragte die Kinder von neuem, und aus den polnischen Kindern wurden in einigen Tagen lauter deutsche, denn es blieben nicht mehr als sieben polnische Kinder übrig.

In anderen Pfarochien verhielt es sich zwar nicht so, aber es war dennoch arg, denn der Geistliche warf den Müttern vor, weshalb sie nicht ihre Töchter zusammen mit den deutschen Kindern in den Unterricht schickten? Sie sprächen doch gut deutsch ufm. — Hat denn schon jemand gehört, daß ein Geistlicher einer deutschen Mutter gesagt hat: Warum habt ihr eure Tochter oder euren Sohn nicht in den polnischen Unterricht geschickt? Das hat gewiß noch niemand gehört, und das wird auch niemand in unseren Zeiten hören.

Und wie sieht es denn hinsichtlich der Erziehung aus? Leider sehr schlimm. Kein Mensch hört mehr von jungen Leuten (von Kindern fast nie) ein Lob Gottes, wie es früher zu geschehen pflegte und was katholischer Brauch ist. Das ist die Frucht der berühmten „Kultur“.

Ein Hauptlehrer begegnete einmal einer Mutter, deren Tochter zur ersten Beichte und hl. Kommunion gewesen war. Da er wußte, daß die Tochter gut deutsch gelernt hatte, fragte er die Mutter: Warum schickt ihr die Tochter nicht in den deutschen Katechismusunterricht? Die Mutter entgegnete: Weil sie nicht alles so begreifen und erlernen könnte, wie in polnischer Sprache. Der Lehrer sagte: Ich bin überzeugt, daß sie alles besser deutsch versteht als polnisch, und sofort richtete er an die anwesende Tochter die Frage: Was ist die Tugend? Das Mädchen antwortete nichts. Er fragte ein zweites und drittes Mal, das Mädchen aber schwieg. Ob es erschrocken oder ob es sich weigerte, ist nicht bekannt. Darauf versetzte die Mutter, es sei unmöglich, daß sie besser deutsch als polnisch verstehe, da sie, die Mutter, ihr Kind schon vom vierten Lebensjahre an, polnisch lehre.

Mehr solche Mütter!! Gott sei es gedankt, es ist schon besser in dieser Beziehung, aber die Zahl solcher wirklich christlicher und polnischer Mütter ist noch klein.

Die germanisatorischen Bibliotheken breiten sich aus, wie Pilze nach einem Regen, die Spielschulen sind gleichfalls germanisatorische Helferinnen. Sie sind für die polnische Nation schädlich. Woher kommt dies nun, und welches ist die Ursache, daß polnische Mütter ihre Kinder zahlreich in diese Spielschulen schicken? Die Antwort ist einfach: dies ist herrschaftlich, sie sind mit Kindern von Herren zusammen, sie, die Mütter, haben selbst keine Lust, ihre Kinder zu erziehen. Das ist einfach Hochmut und Trägheit. Ich habe nicht alle, aber viele im Sinne. — Die Kinder müssen also

echt polnisch und katholisch erzogen werden, wenn ihr an ihnen Freude und Hilfe haben wollet und wenn die Volksgeamtheit davon Vorteil haben soll.

Eine für viele.

Aus Nr. 63 der Gazeta Katolicka (Königshütte)

vom 30. Mai 1905:

Über die obereschlesischen Verhältnisse hat sich ein Posener Blatt, welches sich für ein Volksblatt hält, ausgelassen. Dieses Blatt ist der Wielkopolanin.

In Nr. 119 vom 25. Mai d. Js. veröffentlichte der Wielkopolanin einen Leitartikel, welcher bei unseren Lesern nur Abneigung hervorrufen kann. Er ist jedoch in einer Beziehung bezeichnend. Besonders deutlich zeigt dieser Artikel, wie manche polnische Elemente, welche aus anderen polnischen Gegenden nach Oberschlesien kommen, die Frömmigkeit unseres Volkes und seine Anhänglichkeit an die Geistlichen stört, welche der Verfasser des Artikels im Wielkopolanin höhnisch „farorze“ (wasserpolnisch Pfarrer) und „Ksionzojzki“ (Geistliche) nennt. Es sind dies bei uns in der Tat übliche und praktizierte Ausdrücke, so wie sich ihrer aber der Wielkopolanin bedient, können sie nur eine Verhöhnung bedeuten. Aus jenem Artikel führen wir nur die wichtigsten Absätze an:

„Vor kurzer Zeit war ich in eigenen Angelegenheiten in Oberschlesien — ich bereiste geschäftshalber mit einem intelligenten Oberschlesier den Kreis Rybnik und hatte die Gelegenheit, mit dem polnischen Volke zusammen zu kommen. Es ist ein gutes und liebes Volk, durch und durch polnisch. —

Doch wie ist seine Lage?

„Von Grund auf fromm und anhänglich an seinen Glauben sah es bis vor kurzer Zeit in dem „farorz“ (Pfarrer) oder auch „Ksionzojzek“ (Geistlichen) einen Apostel Gottes. (!!!)

„Bis vor kurzer Zeit war es so“, doch der Wind wehte von oben und die „farorze“ (Pfarrer) begannen mit Hilfe der Kirche Politik zu treiben.

Das Volk gehorchte, doch als man begann, seine Muttersprache anzugreifen, fing es an, argwöhnisch zu werden und begann sich von solchen „Ksionzojzki“ (Geistlichen) und „farorze“ (Pfarrern) zurückzuziehen, die schon von weitem nach Deutschtum rochen.

Die Lage dieses Volkes ist schwer. Eine Intelligenz gibt es in Oberschlesien fast garnicht — besonders aber auf dem Lande nicht. Das Volk hatte somit niemanden, auf den es sich stützen konnte, es begann dem „farorz“ zu mißtrauen und hatte niemanden, bei dem es sich Rat holen konnte.

Und dabei ist der Großgrundbesitzer deutsch, die Direktionen der Kohlengruben und aller größeren Fabrikunternehmen sind deutsch, die Kaufleute zum großen Teil Deutsche — mit wenigen Ausnahmen ist alles, was in einem Rock steckt, deutsch.

Der Deutsche sieht es als Ehre(?) an, den Polen zu bedrücken und ihm seine Verachtung zu zeigen. (?)

Von solchem mißgünstigen Element umgeben, von solchem Element abhängig, ist das obereschlesische Volk schrecklich argwöhnisch geworden.

So wie sich in Städten Ärzte und Rechtsanwälte, Kaufleute usw. niederlassen, ebenso müßten sich größere intelligente Landwirte aus Polen ankaufen, damit der polnische Gutshof ein Zufluchtsort für das obereschlesische polnische Volk werden und ein Gegengewicht gegen den „farorz“ bilden könnte, dem man das Deutschtum von weitem anmerkt, sowie gegen andere Elemente dieser Art.“

Es kam also „jemand“ aus dem Posenschen nach Oberschlesien, bereifte nicht ganz Oberschlesien, sondern nur den Kreis Rybnik mit einem gewissen „intelligenten Oberschlesier“, und nachdem er nach dem Posenschen zurückgekehrt war, greift er salbungsvoll zur Feder und beleuchtet dem Wielkopolanin und seinen Lesern die „Lage“ unseres Volkes.

Als Kenner der obereschlesischen Verhältnisse schreibt er also, daß unser Volk von Grund auf fromm ist, und an seinem Glauben hängt und bis vor kurzer Zeit in dem „farorz“ oder auch dem „Ksionzonjek“ einen Apostel Gottes sah.

Wir sind neugierig, wie sich die Posener Geistlichen (welche Leser des Wielkopolanin sind), zu dieser Ansicht verhalten, und ob sie die obige Ansicht ohne Vorbehalt unterschreiben werden.

Ist die dortige Geistlichkeit mit dem Wielkopolanin der Ansicht, daß „ein an dem Glauben hängender Mensch“ den Geistlichen nicht als Apostel Gottes anerkennen soll? Was ist denn dann ein Geistlicher?

Bei uns wird jedes Kind auf diese Frage antworten, daß er Gottes Vertreter, ein Schaffner von Gottes Gnaden, mit einem Worte, ein Apostel Gottes im vollen Sinne des Wortes ist. Als einen solchen erkennt ihn ein jeder legitime Katholik an. Der Wielkopolanin möge uns erklären, was bei ihm ein katholischer Geistlicher ist? Wir hoffen, daß er uns die Antwort nicht schuldig bleiben wird.

Des weiteren wirft der Verfasser unserer Geistlichkeit das vor, was ihr schon unzählige Male der Gornoslonzak und der Glos Slonski vorwarfen, daß sie nämlich begonnen hat, Politik zu treiben und die Muttersprache des Volkes anzugreifen. Der Verfasser des Artikels im Wielkopolanin verfährt mit unserer Geistlichkeit ebenso wie die Kattowitzer Zeitung an der Spitze. Vor kurzer Zeit erhob die kassatischer Kattowitzer Zeitung in Kattowitz eine ganze Reihe von Vorwürfen, daß die polnische Geistlichkeit die deutschen Kinder polonisieren, ohne daß sie dafür Beweise angegeben hat. Mit demselben Mittel operieren die polnischen Kattowitzer, indem sie sich über die germanisierenden kszioszki und farorze auslassen, ebenfalls ohne Angabe von Beweisen. Sie verfahren sogar schlechter als die deutschen Kattowitzer, denn diese haben wenigstens noch nicht gelernt, die Geistlichen mit spöttischen Titeln, welche wie die oben angeführten sehr geschmacklos sind, zu bedenken. Vielleicht werden sie dieses jetzt von den polnischen Kattowitzern lernen.

Wie weit bei dem Verfasser des Artikels im Wielkopolanin die Kenntnis der obereschlesischen Verhältnisse reicht, geht daraus hervor, was er über die Intelligenz und die Geistlichkeit schreibt. Er behauptet, daß polnische Intelligenz nicht vorhanden sei, daß dem farorzowi das Volk mißtraut, daher habe es niemanden, auf wen es sich stützen könnte. Wer hat sich aber in den letzten Jahren hindurch mit dem polnischen Volke in den polnischen Vereinen in Oberschlesien befaßt, wenn nicht die obereschlesischen Geistlichen? Wer hat denn früher den Kattolik um Aufklärung unter das Volk zu verbreiten, unterstützt und verbreitet, wenn nicht der katholische Geistliche? Wer hat in den letzten 10 Jahren die polnische Journalistik in Oberschlesien durch die Gründung der Gazeta Katolicka, ein katholisches und polnisches Blatt, um ein Volksblatt bereichert, wenn nicht die katholischen Geistlichen? Wer hat sich denn vor einigen Jahren dessen angenommen, daß die Petition um Einführung der polnischen Sprache in der Schule, wenigstens im Religionsunterricht, abgesandt wurde, wenn nicht die ganze obereschlesische Geistlichkeit? Wer gründet denn in den landwirtschaftlichen Bezirken landwirtschaftliche Genossen-

schaften, wenn es nicht die katholischen Geistlichen tun? Wo ist denn bei dem Verfasser des Artikels im Wielkopolanin die Kenntnis der obereschlesischen Verhältnisse nach dieser Richtung hin geblieben? Es ist somit eine ganz niederträchtige Lüge zu behaupten, daß unser Volk niemanden gehabt hat und auch nicht hat, an den es sich wenden könnte, um sich Rat zu holen. Wenn es irgendwo aufrichtigen Rat erhalten kann, so ist es einzig und allein bei einem katholischen Geistlichen. Des weiteren führt der Verfasser verschiedene, dem polnischen Volke in Oberschlesien feindlich gesinnte Elemente an, als größere deutsche Besitzer, — deutsche Direktionen der Kohlengruben, sowie größere Fabrikunternehmen, deutsche Kaufleute zum größten Teil, — diese alle sehen es angeblich als eine Ehre an, den Polen zu bedrücken und ihm ihre Verachtung zu bezeugen. Wenn auch darin eine Übertreibung liegt, würden wir stillschweigend darüber hinweggehen, wenn bei der Aufzählung aller dieser dem polnischen Volke feindlich gesinnten Elemente nicht der gegen unsere Geistlichkeit gerichtete Vorwurf enthalten wäre, daß sie inmitten dieser Elemente in erster Reihe eine feindliche Stellung gegen das Volk einnehme. Das ist ein unerhörter, rein kassatischer Vorwurf.

Interessant ist der am Schlusse des Artikels im Wielkopolanin ausgesprochene Wunsch. Nicht nur die polnische Intelligenz aus dem Großherzogtum Polen soll sich in den obereschlesischen Städten niederlassen, sondern es sollen sich auch größere intelligente Landwirte ankaufen, damit der polnische Gutshof ein Zufluchtsort für das obereschlesische polnische Volk werden und ein Gegengewicht gegen den farorz bilden könnte.

Jetzt wissen wir endlich, welchen Zweck die Ansiedelung der polnischen Intelligenz und der polnischen Gutbesitzer aus dem Posenschen bzw. aus Westpreußen in Oberschlesien haben soll.

Die polnische Intelligenz wird dem Wielkopolanin für die Entdeckung dieses Geheimnisses wohl nicht dankbar sein. Es ist zwar kein Geheimnis für uns, aber es scheint uns, daß noch kein polnisches Blatt, welches außerhalb Oberschlesiens erscheint, so klar die Aufgabe der polnischen Intelligenz in Oberschlesien beleuchtet hat — die Aufgabe, welche dahin zielt, das Volk von seiner Geistlichkeit vollständig zu trennen, was als natürliche Folge nach sich zieht, daß dem Volke der Glauben entzogen wird, welchen es durch viele Jahrhunderte geachtet und verteidigt und als den größten Schatz betrachtet hat. Auf dies alles haben wir für den Wielkopolanin, welcher den Anspruch macht, ein katholisches Blatt zu sein, nur die eine Antwort — die Antwort der Verachtung: pui!

Aus Nr. 130 des Gornosłazak (Kattowitz)

vom 8. Juni 1905:

Zaborze.

Wir erhalten aus Zaborze folgende Korrespondenz mit der Bitte um deren Veröffentlichung:

Eine überaus schöne Feier fand am 28. Mai d. J. in Dzwicim bei den Hochwürdigen Salesianer-Patres statt. Hunderte Personen aus allen Gegenden waren zusammengekommen, um diejenige zu ehren, welche von allen Völkern mit Recht und einmütig die Helferin der Gläubigen genannt wird. Am Muttergottesfeste selbst fanden hl. Messen von 5 Uhr bis 11 Uhr statt, zu welcher Zeit das Hochamt abgehalten und gepredigt wurde über das Thema: „Die heiligste Jungfrau Maria ist unsere Mutter im Leben und im Tode“. Nachmittags unterhielt die Erschienenen die

ausgezeichnete Musikkapelle der Salesianer mit ihren schönen Weisen. Der ganze Tag überhaupt wurde durch verschiedene Abwechselungen derart verschönert, daß wir kaum gewahr wurden, daß der Abend da war.

Wer nur einmal das Salesianerkloster in Oswiecim besucht hat, der muß dort die göttliche Vorsehung bewundern, die sich so offenbar unserer armen polnischen Jugend annimmt. Gern trägt auch unser Volk seine Opfergaben nach Oswiecim, weil es sieht, daß sie dort gut und nützlich angewendet werden. Möchte Gott mit seiner allmächtigen Hand den Salesianervätern auch fernerhin in ihrem wohlthätigen Werke beistehen, uns dagegen laßt nicht vergessen, sie mit möglichst zahlreichen Geldbeiträgen zu unterstützen.

Zuletzt wende ich mich an alle meine Landsmänner und Landsmänninnen Oberschlesiens mit der herzlichen Bitte, diesen Ort möglichst oft zu besuchen, wo man wahre Nächstenliebe kennen lernen kann, weil die Kindererziehung das schwierigste Werk ist und die größte Selbstverleugnung erfordert.

Den Salesianervätern aber sagen wir für ihre herzliche und gastliche Aufnahme auf diesem Wege ein altpolnisches „Gott bezahl's!“

Eine Teilnehmerin.

Aus Nr. 128 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 6. Juni 1905:

Lipine.

Wir teilen mit, daß in diesem Jahre, am 17. Juni, d. i. am Sonnabend vor dem Feste der heiligen Dreifaltigkeit eine Wallfahrt nach Gzenstochau unternommen wird. Alle diejenigen, welche an dieser Wallfahrt teilnehmen wollen, ersuchen wir, sich bei dem Leiter Herrn Franz Papulski zu melden. Der Leiter muß es wissen, wieviel Personen sich beteiligen werden, damit er bei der Eisenbahndirektion die entsprechende Zahl Billets besorgen kann. Das Billet kostet 2,50 Mark. Wir bitten sich rechtzeitig zu melden. Die Brüder und Schwestern bitten wir um recht zahlreiche Beteiligung, da wir wichtige und verschiedene Gründe haben, die Mutter Gottes von Gzenstochau anzuflehen.

Aus Nr. 129 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 7. Juni 1905:

Am Sonnabend Nachmittag fand die Generalversammlung der hiesigen Volksbank statt. Die Versammlung leitete auf allgemeinen Wunsch der Vorsitzende des Aufsichtsrats Herr Alexander Lewandowski aus Kattowitz, welcher auch den Jahresbericht über die Tätigkeit der Bank erstattete; in einigen Punkten wurde der Bericht durch Mitglieder des Vorstandes vervollständigt.

Aus dem Bericht geht hervor, daß die Kattowitzer Bank sich sehr günstig entwickelt, und es wurde beschlossen, den Mitgliedern 7 Prozent Dividende zu zahlen. Hierauf fanden Ergänzungswahlen des Aufsichtsrats statt, aus dem fünf Mitglieder ausschieden, nämlich die Herren A. Lewandowski, Regula, Jochimski, J. Kowalczyk und Siemianowski.

Es wurden wiedergewählt die Herren Jochimski, Lewandowski und Regula, und an Stelle der Herren

Johann Kowalczyk und Siemianowski wurden die Herren Johann Piechulek und Adolf Wigon aus Kattowitz gewählt.

Bei den freien Anträgen wurden noch einige innere Bankangelegenheiten zur Sprache gebracht, worauf die Versammlung nach mehr als 5stündiger Beratung geschlossen wurde.

Aus Nr. 129 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 7. Juni 1905:

Große Angst fängt an sich der hiesigen deutschen Patrioten zu bemächtigen aus Anlaß der immer selteneren Veranstaltung von germanisatorischen Abenden. Sie befürchten, daß diese Volksvergnügungen, mit deren Hilfe sie Bismarck's Ruhm und Kultur auszubreiten beabsichtigen, ein vollständiges Fiasko machen und unter ihrem Schutt auch die Pläne und Einfälle der Gleiwitzer Hatzjisten begraben werden. Der Gleiwitzer „Wandrus“ schreit aus voller Kehle und vergießt Krokodilstränen, daß die Zahl der Freunde der berühmten „Elternabende“ täglich immer mehr zurückgeht. Seinerzeit, als die Abende für Geld aus der städtischen Kasse und von der Oppeln'er Regierung veranstaltet wurden, welches nebenbei gesagt, unser obereschlesisches polnisches Volk zum größten Teil zusammen geschossen hat, fanden sich noch einige solche, welche sich mit der Veranstaltung dieser germanisatorischen Vergnügungen befaßten. Doch jetzt, wo das Geld nicht mehr ausreicht, ziehen es die Förderer der preußischen Kultur, anstatt sich für die Sammlung irgend welcher Beiträge zu entschließen, vor, sich zurückziehen und zu verdunsten. Auch die Deutschen vergessen schon, wenn es an ihre Tasche geht, des Patriotismus. Solange die Regierung verschiedene Zulagen und Belohnungen austreut, sind sie auch gute Schreier und Patrioten. Wenn die Regierung nicht bald zu Hilfe eilen sollte, dann würde wohl von den berühmten „Elternabenden“, welche eine so zahlreiche Schar von Verteidigern der preußischen Ideen erziehen sollten, nichts als eine fern zurückliegende Erinnerung übrig bleiben. — Doch wird auch jetzt die Regierung bestimmt ihre Hilfe nicht versagen, denn zu solchen Zwecken ist stets Geld vorhanden.

Aus Nr. 130 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 8. Juni 1905:

Klodnik.

Deutschen Herren ist es gar nicht nach dem Geschmacke, daß der hier neu eingerichtete Bahnhof einen etwas polnisch klingenden Namen führt. Daher wendet sich das Koseler Stadtblatt, dem polnische Namen sonderbar geschmacklos vorkommen, an seine geehrten Leser mit der Bitte, das Wort in dieser Sache zu ergreifen und irgend einen „kultivierteren“ Namen vorzuschlagen. Als Leser des Koseler Stadtblattes nehme also auch ich das Wort und schlage z. B. vor, daß dem neuen Bahnhof der Titel „Deutscher Michel-Bahnhof“ beigelegt werde.

Ein Leser des Stadtblattes.

Aus Nr. 128 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 6. Juni 1905:

Der Sokoltag in Zywiec (Saybusch).

In der Bekanntmachung (in der Sonntagsnummer des Gornoslazak) über den Sokoltag des Krakauer Gaues ist bezüglich der Abfahrtszeit von Kattowitz ein Irrtum unterlaufen. Die Abfahrt erfolgt nicht um 6,33 Uhr, **sondern um 5,33 Uhr.**

Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß, wenn jemand in Zywiec (Saybusch) nicht den ersten und zweiten Feiertag über bleiben kann, schon am ersten Feiertag, Sonntag Abend zurückkehren kann; die Ankunft in Kattowitz erfolgt gegen 1 Uhr Nachts.

Alles Heil!

Der Vorstand des VI. Gaues.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 124 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 31. Mai 1905:

An die Nachricht von der Niederlage der russischen Flotte knüpft der Dziennik Berlinski u. a. folgende Bemerkung:

Auf diese Weise wurde schon der zweite an der Teilung Polens beteiligte Staat schwer gestraft; Österreich im Jahre 1866, worauf es aber gleich klüger geworden ist; Rußland 1904 und 1905; daselbe beginnt in seiner inneren Politik vernünftige Wege einzuschlagen. Sollten etwa die Annektierungsmächte lediglich nach schweren Niederlagen zu Verstande kommen wollen?

Die Nemesis der Geschichte wird aber auch diejenigen erreichen, die heute noch glauben, daß sie unbezwinglich sind.

Aus Nr. 23 der Praca (Posen)

vom 4. Juni 1905:

Warnung vor der Auswanderung nach Westfalen.

Einer unserer getreuen Leser aus der Ruhrgegend teilt uns nachstehendes mit:

Linden, 24. Mai 1905.

Ich bitte sehr darum, daß die geehrte Redaktion die Landsleute daheim vor der Auswanderung nach Westfalen warne, da hier die Löhnerung ungeheuer, der Arbeitsverdienst ein geringer und das Arbeiterangebot ein großes ist. Aus Italien sind sehr viel Arbeiter angekommen, zur Arbeit will man aber keine nehmen, denn es sind zu viel Arbeiter vorhanden. Es treiben sich daher viele Leute beschäftigungslos umher.

Aus Nr. 122 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 28. Mai 1905:

In Sachen der polnischen Vereine in der Fremde erhalten wir von dem Herrn St. Wittkowski aus Bruckhausen nachstehendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung:

Aufruf!

Die zahlreichen polnischen Vereinigungen, wie sie heute außerhalb der Grenzen des Heimatlandes in Deutschland bestehen, stehen nur in lockerem Zusammenhange

miteinander, gar oft aber sind sie völlig abgeschlossen. Von einer Belebung der Beziehungen zum Heimatlande kann mit wenigen Ausnahmen ebenfalls kaum die Rede sein.

Daß die nach dieser Hinsicht bestehenden Verhältnisse heutzutage so traurige sind, liegt zum großen Teile daran, daß sich die Vereinigungen gegenseitig nicht kennen und daß sie auch nicht in gegenseitige Verbindung treten, daß die Landsleute in der Heimat selten etwas von dem Bestehen eines polnischen Vereins in dem gegebenen Orte wissen und daß infolgedessen der polnische Auswanderer erst durch einen glücklichen Zufall an dem Orte seines Aufenthalts etwas von dem Vorhandensein eines polnischen Vereins erfährt. Wenn ihm aber das Glück nicht hold ist, so bleibt er lange Zeit hindurch vereinsamt und geht schließlich für die polnische Nationalität verloren.

In der Absicht, eine größere Annäherung zwischen den polnischen Vereinen und der Heimat zu erzielen und jedem auswandernden Polen das Auffinden eines polnischen Vereins in der betreffenden Ortschaft zu erleichtern, habe ich beschlossen, ein Verzeichnis aller polnischen Vereine des Deutschen Reiches herauszugeben.

Mit Rücksicht auf die gute Sache bitte ich alle außerhalb der Grenzen der Heimat bestehenden polnischen Vereine um gütige Angabe ihrer Adressen, damit ich ihnen die näheren Einzelheiten übermitteln könnte. Adresse: Stanislaus Wittkowski in Bruckhausen (Rhein), Schulstraße Nr. 39.

Aus Nr. 117 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 24. Mai 1905:

Die Unzufriedenheit bei den Bergarbeitern

im rheinisch-westfälischen Gebiete steigert sich mit jedem Tage. Die jüngste Ursache für die Unzufriedenheit sind die Beschlüsse der Kommission des Abgeordnetenhauses in Sachen der neuen Berggesetznovelle und die Stellung der Mehrheit der Landtagsabgeordneten. Man hat hier zwar in dem Verhalten der preussischen Junker und Kapitalisten keine Änderung erwartet, aber doch im allgemeinen angenommen, daß die Regierung nach so vielen feierlichen Versicherungen, daß es ihr tatsächlich um die Besserung des Schicksals der Bergarbeiter zu tun sei, in dieser Angelegenheit eine aufrichtige und den Arbeitern geneigte Stellung einnehmen werde. Das ist bis jetzt jedoch nicht eingetreten. Alle Hoffnungen haben sich als eitel erwiesen, und das Vertrauen zur Regierung läßt sich auch diesmal durch nichts rechtfertigen.

Der Abgeordnete Träger sagte am Donnerstage im preussischen Abgeordnetenhaus, in der Brust des Ministers Möller wohnten zwei Seelen: die Seele der Arbeitgeber und die der Arbeitnehmer. Das Regierungsprojekt sei das Ergebnis des Friedens, den beide Seelen des Ministers mit einander geschlossen hätten.

Die Meinung des Abgeordneten Träger enthält zu viel Anerkennung für den Minister. Dieser Herr teilte stets die Ansichten der Kapitalisten, und seine heutige Stellung gegenüber der Sache der Arbeiter befindet sich im vollen Einvernehmen mit — der Seele der Arbeitgeber. Wenn der Minister Möller den Bergarbeitern irgend welche Zugeständnisse gemacht hat, so ist das nur infolge der öffentlichen Meinung geschehen, welche während des letzten Streiks im westfälischen Kohlenbezirke auf Seiten der Bergarbeiter stand.

Nach den Beschlüssen der Kommission „hat die Regierung ihren Standpunkt noch nicht bestimmt“, so sagte Minister Möller während der am Donnerstag

im preussischen Abgeordnetenhaus gepflogenen Beratungen. Es ist auch sehr unangenehm aufgefallen, daß bei den Beratungen sich der Reichskanzler Graf Bülow nicht beteiligt hat, obgleich der Zentrumsabgeordnete Trimborn sich ausdrücklich darum bemüht hatte, daß die Bergwerksangelegenheit durch den Reichstag reguliert werde. Wir zweifeln jedoch daran, daß dies eintreten wird.

Nicht die Beratungen im Abgeordnetenhaus und der Beschluß der Kommission allein haben zu der großen Unzufriedenheit der Bergarbeiter beigetragen. Nach dem erfolglosen Streike hat man mit Spannung der Besserung des Schicksals der Bergarbeiter entgegen gesehen, doch die Hoffnungen sanken infolge der Beratungen der Kommission und mangels einer klaren Stellungnahme der Regierung immer mehr.

Die größte Entrüstung riefen die Berichte der Revisionskommission hervor, welche die Verhältnisse an Ort und Stelle untersucht und über dieselben die löblichsten Zeugnisse ausgestellt hat. Hier war „alles in Ordnung“ und die Klagen der Bergarbeiter waren nach der Meinung der Mitglieder der Revisionskommission nicht im geringsten begründet.

Man erkannte den Arbeitern das Recht zu, ihre Vertreter in die Revisionskommission zu entsenden. Nachdem die Arbeiter jedoch zu der Einsicht gekommen waren, daß die Revisionen nichts weiter waren als eine durch die Kapitalisten veranstaltete Komödie, um die Öffentlichkeit irre zu führen und ihr zu beweisen, daß „alles in Ordnung sei“, zogen sie sich von der Beteiligung an den „Revisionen“ zurück und überließen diese Kurzweil den Kapitalisten.

In Arbeiterkreisen sind jetzt über die Revisionen der Kommission des Abgeordnetenhauses interessante Einzelheiten im Umlauf. Man nennt die Revisionen der Kommissionen hier selbst eine „Spazierfahrt“ der Herren Abgeordneten nach dem Industriebezirk des Ruhrgebiets. Die Grubenbesitzer haben sich denn auch bemüht, diesen Herren „Kommissaren“ den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Man führte sie nur in die neuangelegten Gruben, die der Neuzeit entsprechend eingerichtet sind, um vorweg zu zeigen, daß „alles in Ordnung sei“.

In der Grube „Konsolidation“ z. B. wurde den ganzen Sonntag — es war am 7. Mai — hindurch gearbeitet, um die Herren Abgeordneten würdig zu empfangen. Der Waschraum wurde gereinigt und geweißt. Die Herren fuhren nach der sechsten Strecke, von wo aus sie sich nach dem Schacht „Präsident“ begaben und zwar durch den bequemsten und am besten ventilierten Stollen (?). Es ist geradezu lächerlich, daß der Stollen mit Mische bestreut wurde, damit keiner der Herren Kommissare seinen Fuß an einen Stein stoßen sollte.

Über den Schacht „Präsident“ hinaus wurde überhaupt nichts weiter besichtigt, denn der Grubenvorstand ließ den Stollen mit Brettern vernageln auf welchen die Aufschrift angebracht war: „Gesperri“. Gleich nach der Revision wurden die Bretter entfernt, und die Bergleute mußten da an die Arbeit gehen, wo die Revisionskommission garnicht hingekommen war und zwar wegen des Mangels an frischer Luft.

Mit den Arbeitern kam man garnicht in Berührung, man fragte sie auch nicht über die Verhältnisse. Nur im Schachte „Ruh“ fragte ein Mitglied der Kommission beim Gewahren eines Wagens einen vorübergehenden Bergmann, ob das ein „Korb“ sei. Auch ein solcher „Kenner“ wird sicherlich kein Urteil über die in den Gruben bestehende Ordnung abgeben.

Zum ewigen Angedenken der berühmten Revision wurden die Herrn Abgeordneten in den Bergmannskleidern fotografiert.

Was in der Grube „Konsolidation“ geschah, das wiederholte sich in allen anderen Gruben. Die Bergleute wissen das, denn sie haben die Vorbereitungen zu den Revisionen gesehen. Die Unzufriedenheit ist daher bei den Bergarbeitern groß und deshalb befürchten wir, daß nach einer ungünstigen Erledigung der Bergwerksangelegenheit ein Streik oder noch etwas schlimmeres eintreten könnte. Bis jetzt verhielten sich die Bergarbeiter musterhaft, mögen aber die Kapitalisten die Geduld derselben nicht zu sehr in Spannung setzen, möge sie die Regierung dabei nicht zu sehr unterstützen.

Aus Nr. 122 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 28. Mai 1905:

Zur Erwägung für Interessierte.

Im Posener Wielkopolanin finden wir nachstehende Bekanntmachung:

Dortmund. Genossenschaftsdruckerei m. b. H.
Am Sonntag, den 28. Mai, Generalversammlung in Dortmund im Hotel „Bristol“, Brückstraße, nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung: 1. Satzungsänderung. 2. Wahl des Aufsichtsrats. 3. Übernahme des Unternehmens. Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand
J. Kolenda. J. Kaczor.

Die obige Bekanntmachung steht augenscheinlich im Zusammenhange mit der Mitteilung des Postemp von der Übernahme der Dziennik Polski durch eine Genossenschaft. Die Angelegenheit ist augenscheinlich noch nicht perfekt, und wir bezweifeln es sehr, daß sich so naive Leute finden werden, welche das Unternehmen und mit ihm auch die Verpflichtungen des Herrn Zninski übernehmen sollten, denn wer nichts besitzt, der bringt es bei einem solchen Geschäft auch zu nichts, und wer etwas besitzt, der könnte leicht sein ganzes Habe verlieren. Der Dziennik Berlinski hat zwei Genossenschaften aufgezehrt und außerdem 60 000 Mark aus den Taschen der Handwerker; auch verschiedene andere Genossenschaftszeitungen sind zu Falle gekommen, obgleich hinter ihnen Geistliche, Fabrikanten und Magnaten gestanden haben. Die Gründung oder der Ankauf einer Zeitung, das ist der einfachste Weg, um sein Geld zu verlieren.

Uns will es scheinen, daß Westfalen und die Rheinprovinz keine Verpflichtung haben, das Geld zu retten, welches die Herren von Koscielski, Pfarrer Zimmermann und andere Freunde des Herrn Lensing in das Unternehmen des Herrn Zninski hineingesteckt haben.

Aus Nr. 123 des Dziennik Polski (Bochum)

vom 30. Mai 1905:

Berrücktheit des Bochumer Wiarus.

Die Mitteilung von dem Übergange des Dziennik Polski in den Besitz der Genossenschaftsdruckerei in Dortmund hat den Geschäftsleuten vollständig den Kopf verdreht. In der Sonntagsnummer des Bochumer Wiarus befindet sich ein Artikel voller Zorn und Meid, in welchem ein Söldling der Herren Brejski verächtlich schreibt, daß die Zentrumsleute einen neuen Burzelbaum schießen, um die Polen in Westfalen und am Rhein in ihr Netz zu bringen. Die Berrücktheit des Bochumer Wiarus beruht hauptsächlich darauf, daß er nicht von wirklichen Zentrumsleuten spricht, sondern den eigenen Lesern zu denken gibt, daß Zentrumsleute Mitglieder der Genossen-

schafts-Druckerei sind, also die gegenwärtigen Inhaber des Dziennik-Polski. Aber nicht genug. Nach der Meinung des Wiarus ist ein neuester Zentrums- und Herr Stefan Chocijewski, Redakteur des Postemp. Der Söldling des Wiarus hat es nur vergessen anzuführen, daß Herr Brejski selbst ein alter Zentrumsfuchs ist, welchem in der letzten Zeit aus dem Zentrumsfell die Haare ausgegangen sind. Heute tritt er als ein geschickter Geschäftsmann in der ganzen Nacktheit auf, und er ist bemüht, dem polnischen Volk einzureden, daß seine neue Farbe durch und durch national sei. Die polnische Volksgesamtheit hat aber nicht die geringste Bürgschaft dafür, daß gerade er, derselbe Brejski, welcher das polnische Volk in die Zentrumsneze gelockt hat, welcher die polnischen Vereine der Gewalt der germanisatorischen Geistlichen übergab, welcher dafür agitierte, daß die Polen den deutschen Verbänden angehören sollten und sich heute nur unter dem Drucke der nationalen Mehrheit denen anschloß, welche er vorher Sozialdemokraten schimpfte, nicht wiederum einen Zentrumsburzelbaum schießen wird, wenn sich die Handelskonjunktur ändern — und sein Geschäft dies erforderlich machen wird.

Eine Schande ist es, daran zu denken, daß dieser Mensch, welcher vom polnischen Volke lebt und von diesem reich wird, gemeinschaftlich mit den Hafatisten und unseren Feinden systematisch arbeitet, um die Existenz eines zweiten polnischen Blattes zu untergraben. Die Angriffe des Wiarus sind in der ganzen polnischen Presse geradezu heillos. Wir wissen, daß unsere Blätter von Zeit zu Zeit miteinander einen Streit führen und manchmal nicht die gleiche Meinung vertreten. Aber während des heftigsten Kampfes sind sie nicht so feindlich gegeneinander aufgetreten, wie es der Bochumer Wiarus, Organ der Herren Brejski, bekannter Geschäftsleute, tut.

Ein aufmerksamer Leser des Wiarus mußte gewahr werden, daß seine Letter ihre Kraft und Energie mehr zur Vernichtung der polnischen Blätter verwenden, als für die Arbeit um das allgemeine Wohl des polnischen Volkes und seine Verteidigung gegen unsere nationalen und sozialen Feinde, d. i. gegen die Hafatisten und Sozialdemokraten. Und das soll ein Blatt sein, welches jetzt veröffentlicht, daß es ein nationales Blatt sei. Aus falscher Besorgnis um das Wohl der Freunde des Dziennik Polski und die eifrigen Verteidiger der nationalen Sache, in der Tat aber aus seinem eigenen Privatinteresse schreibt der Wiarus unter der Überschrift „Den Beteiligten zur Erwägung“ daß verschiedene Blätter von Genossenschaften in Verfall geraten sind, und daselbe prophezeit er auch dem Dziennik Polski, um dadurch schwache und naive Leute von der Unterstützung des so würdigen Werkes und der nationalen Sache abzuhalten.

Der Wiarus schreibt von der Rettung des Geldes der Herren Koscielski, Geistlichen Zimmermann und anderer „Freunde“ des Herrn Lensing. Er hat jedoch hierzu keinen Grund, denn es beabsichtigt niemand das Geld des Herrn Koscielski zu „retten“, dieser wird es vor dem nationalen Verluste selbst retten, und gegenwärtig verwendet er das Geld zu nationalen Zwecken nach eigenem Ermessen und ohne Genehmigung der Herren Brejski. Wenn Herr Koscielski und ihm gleichende Personen einen solchen Begriff von der nationalen Aufopferung hätten, wie die Herren Brejski haben, dann würde es mit der polnischen Sache sehr schlecht stehen. Sie machen sogar „Geschäfte“ an der nationalen Sache; sie agitieren zu Gunsten ihrer Blätter; lassen also ihr Privateigentum durch öffentliche Groschen bezahlen. Ein Beweis dafür ist die Liquidation des Herrn Brejski aus der Wahlzeit, während welcher sich die Zahl der Abonnenten seines

Blattes verdoppelte. Dafür, daß seine Sezer zu den Versammlungen gereist waren und den Wiarus verteilt haben, soll jetzt die Wahlkasse die Kosten tragen. Zweitens erhalten die Söhne der Agenten des Wiarus aus der Kasse des heiligen Josophat Unterstützungen und haben bei Erlangung von öffentlichen Geldern den Vorzug. Wenn aber der Wiarus die Landsleute mit dem Verfall der Genossenschaftsblätter abschreckt, so möge er nicht verschweigen, daß gerade die polnischen Genossenschaftsblätter eine gesicherte Existenz haben. Genossenschaftsblätter sind: Gornoslonszak, Gazeta Polska, Praca, Lecz, Dziennik Kujawski, Gazeta Gdanska, und andere mehr. Weshalb sollte denn das Genossenschaftsblatt Dziennik Polski eingehen? Hier in Westfalen und am Rhein ist genug Platz für zwei Blätter vorhanden, und der Herr Brejski ist an seinem Blatte schon so reich geworden, daß er sich in Westpreußen ein Vorwerk gekauft haben soll. Es möge ihm das Glück hold sein, er soll aber andere nicht beneiden, denn das ist schmutzig.

Die Genossen des Dziennik Polski haben nicht die Absicht, an der Zeitung ein Vorwerk zu verdienen, sie wollen nur Aufklärung unter ihre Brüder tragen, und darin möge sie Herr Brejski nicht hindern, denn er kann sich noch ein Vorwerk kaufen.

Aus Nr. 124 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 31. Mai 1905:

Gelsenkirchen.

Ich bin zwar nicht sehr federgewandt, aber trotzdem wage ich es, einige Worte niederzuschreiben. Wenn ich manchmal eine deutsche Zeitung in die Hand bekomme und einige Seiten der verschiedensten Annoncen darin erblicke, dann frage ich mich stets, weshalb denn eigentlich der Wiarus Polski nicht auch so viel Inserate hat? Wir Leser des Wiarus tragen selbst die Schuld daran. Wenn jeder von uns, der seine Einkäufe besorgt, dem Kaufmann sagen würde, daß er deshalb zu ihm kaufen komme, weil er im Wiarus inseriert habe, dann würde ein solcher Kaufmann noch weit mehr im Wiarus inserieren, denn er würde wissen, daß ihm das Inserieren Vorteile bringt. Wenn wir dagegen in einem Geschäft kaufen, das sich bisher im Wiarus noch nicht empfohlen hat, so sollten wir jedesmal den Kaufmann fragen, weshalb er im Wiarus Polski nicht inseriere und ihm sagen, daß er dadurch viele polnische Kunden erhalten würde. Wenn der Kaufmann das nicht von einem, sondern von zehn und dreißig Käufern hört, dann wird er sicher seine Waren im Wiarus anpreisen. Auf diese Weise können wir unser Blatt leicht unterstützen. Unsere Lösung sollte stets sein: Jeder zu dem Seinen! Was wir bei den Unfrigen nicht bekommen können, das sollten wir nur in solchen Geschäften kaufen, die im Wiarus Polski inserieren. Ich bin der Meinung, daß die polnischen Kaufleute ihre Waren in einer polnischen Zeitung anpreisen müssen.

Ein Arbeiter.

Aus Nr. 23 der Praca (Posen) vom 4. Juni.

Quisburg.

Als alter Freund der Praca ersuche ich die geehrte Redaktion um gastliche Aufnahme für einige wenige Worte in den Spalten Ihres Blattes.

Hier ist auf die Anregung nationalbewußter Landsleute ein neuer Sofoverein gegründet worden.

Das Fehlen eines Vereins dieses Charakters haben wir hier sehr empfunden, umsomehr, als die hiesigen kirchlichen Vereine, wenngleich sie im übrigen gute Ziele verfolgen, zu wenig an der nationalen Bewußtmachung der Auswanderer arbeiten. Seit langem trug man sich unter den Landsleuten mit dem Gedanken, einen Sokol zu gründen; es wurde nur befürchtet, ob in Duisburg als durch und durch deutsch-liberaler Stadt ein Sokol überhaupt prosperieren und sich werde entwickeln können. Vor einer Woche ist diese Befürchtung jedoch beseitigt worden und die Gründung eines neuen Vereins wurde zur vollzogenen Tatsache. Alles auf der Welt hat jedoch seine Schwierigkeiten, besonders in diesem Staate der Gottesfurcht und wenn es sich um uns Polen handelt. Nachdem ich als Kamerad eines benachbarten Vereins am Sonnabend Abend in die Sitzung des neu gegründeten Sokol mich begeben und das Wort erbeten hatte, um einige Worte der Anregung unter die wackere Kameradenchar zu werfen, war ich genötigt, die Ansprache in der Mitte abzubringen, da dem die Sitzung überwachenenden Kommissar meine Ausführungen überaus gefielen, so daß er die Sitzung auflöste. Er begründete dies damit, daß er, wenn wir uns nicht als Preußen fühlen wollten, die Sitzung auflöse. Eine merkwürdige Denk- und Handlungsweise! Die Erbitterung war groß, und daß es ohne unangenehme Folgen ablief, verdankt die Behörde einzig uns als ihres Zieles sich bewußten Bürgern. Anders würden in einem solchen Falle bestimmt die Sozialisten verfahren. Zur Auflösung einer polnischen Versammlung gehört sehr wenig. Es genügt, zu sagen, daß man Pole ist, um die Versammlung aufgelöst zu sehen. So war es auch in diesem Falle. Bekanntlich ist unser Sokoltum seit einer gewissen Zeit politisch, als solches hat es also das Recht, in seinen Sitzungen natürlich auf anständige Weise unsere sozial-nationalen Angelegenheiten zu besprechen. Darum schritt ich auch, nachdem ich zunächst die Hauptziele unseres Sokoltums, d. i. die Gymnastik, und zwar vom hygienischen Standpunkt aus besprochen hatte, zur Besprechung unserer sozialen Angelegenheiten. Nachdem ich zuvor aufgeklärt hatte, weshalb der Sokol ein politischer Verein geworden ist, sagte ich mehr oder weniger was folgt:

„Da wir die Vivisektion der polnischen Nation als zwar vollzogenen, jedoch in hohem Grade unpolitischen und der zivilisierten Nationen unwürdigen Akt ansehen, sollten wir ohne Rücksicht darauf, was um uns herum geschieht, die nationale Standarte hochtragen. Da wir unsere Einverleibung unter das preussische Regiment als das Ergebnis einer Gewalttat ansehen, sollten wir nicht im Sinne der Regierung Preußen werden, sondern das bleiben, wozu uns Gott geschaffen hat, d. i. die polnische Nation“. Die geehrten Leser der Praca sehen also, daß der Anlaß kein großer gewesen ist. Hervorheben muß ich noch, daß die wackere Sokolbruderschaft in Zahl von vierzig meinen Ausführungen mit großem Interesse lauschte, denn sie dürstet nach einem warmen polnischen Wort. Indem ich dem neu gegründeten Verein eine gedeihliche Entwicklung wünsche und die geehrten Kameraden ersuche, sich durch dies kleine Mißgeschick nicht abschrecken zu lassen, sondern um so zahlreicher unsere Sokolreihen zu verstärken, um so energischer sich zu der gemeinsamen Arbeit auf der nationalen Scholle zu stellen, rufe ich dem neu gegründeten Sokol in Duisburg ein „Er lebe hoch!“ zu.

Der Cure.

Aus Nr. 124 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 31. Mai 1905:

Ein polnischer Verein in Geeren.

Am Sonntag, den 21. Mai, wurde in Geeren ein polnisch-katholischer St. Vincent-à-Paulo-Verein gegründet; es traten ihm 62 Landsleute als Mitglieder bei. In den Vorstand wurden gewählt:

Martin Gorwa, Vors.,
Tomas Chudy, Stellv.,
Mart. Szymbowia, Schriftf.,
Józ. Podzieme, Kass.,
Mich. Gorwa, Stellv.,
Jr. Wachowia, Bibl.,
W. Woznica, Stellv.,
Joseph Marcinkowski und
Stan. Stefania, Beisitzer.

Außer mehreren Landsleuten aus der Umgegend erschien auch der Schriftführer des „Verbandes zur gegenseitigen Hilfe der polnisch-katholischen Vereine“, Herr Stanislaus Kunz aus Bochum, der die Herzen der Landsleute auch am meisten zu bewegen wußte. Dem „Verband der Vereine“ gebühret daher auch der größte Dank dafür, daß er so eifrig an der Entwicklung der Vereine arbeitet. Zum Schlusse bemerke ich, daß die erste Versammlung am Sonntag, den 4. Juni, 1/2 12 Uhr vormittags, stattfindet.

Martin Gorwa, Vorsitzender.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 130 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 8. Juni 1905:

Boguski.

Am verflossenen Donnerstag beabsichtigten die Sozialdemokraten hier eine Versammlung zu veranstalten. Und da sie als gewöhnliche Arbeiterversammlung abgehalten werden sollte, erhielten sie auch vom Amtsvorsteher die Erlaubnis hierzu, als der Amtsvorsteher aber spürte, daß die erwähnte Versammlung zur Wahl-agitation dienen sollte, nahm er die Erlaubnis sofort zurück. Trotz dieses Verbotes versammelten sich die Sozialdemokraten in ziemlich erheblicher Zahl, und sie wollten die Versammlung eröffnen. Der Amtsvorsteher forderte sie zum Verlassen des Saales auf, da man ihm aber nicht gehorchte, ersuchte er den Landrat in Pleß um Hilfe. In kurzer Zeit erschienen auch mehrere Gendarmen, welche die Versammelten zerstreuten. Die Angelegenheit wird gewiß noch ein Nachspiel vor dem Gericht haben.

Aus Nr. 129 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 7. Juni 1905:

Gleiwitz.

In hiesiger Stadt soll, wie es heißt, ein sozialdemokratisches Agitationsbureau gegründet werden. Man sucht nur einen tüchtigen Schreier, welcher diese Firma mit der „roten Parole“ würdig vertreten würde. Wie bekannt, ist der Sitz des sozialdemokratischen Hauptvorstandes von Berlin nach Kattowitz verlegt worden. Die Sozialdemokraten wollen augenscheinlich alle Kräfte anspannen, um unsere polnisch-katholischen Arbeiter zu betören und um sich Oberschlesiens zu bemächtigen, doch ist diese Wurst nicht für einen Hund.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 228 des Dziennik Polski
vom 19. Mai 1905:

Lemberg.

Er spricht . . .

Den ganzen Winter hindurch litt Kaiser Wilhelm an Halschmerzen und Heiserkeit. Infolgedessen war die Welt während einiger Monate der Fingerzeige beraubt, welche Bahnen die Menschheit einschlagen sollte, denn Denkmalsenthüllungen, Fahnenweihen und Regimentsjubiläen fanden ohne seine schwülstigen Reden statt. Ob den Deutschen dies leid tat, wissen wir nicht, es scheint jedoch, als ob sie diesen Mangel wenig empfunden hätten; der Umstand jedoch, daß er sich nicht ausreden durfte, war höchst unangenehm für den Kaiser selbst, welcher seine Zunge bekanntlich nicht gern pausieren läßt. Mit dem herannahenden Frühling wurde ihm besser und die Halschmerzen ließen, wie die amtlichen Nachrichten lauteten, nach. Natürlich mußte schleunigst der Welt etwas gesagt werden. Gelegentlich eines Festessens brachte dann auch Kaiser Wilhelm einen Toast aus. Doch o Schrecken! Es stellte sich heraus, daß, wenn auch die Halschmerzen beseitigt waren, nach einigen gesprochenen Worten sich Heiserkeit bei ihm einstellte. Fatal! Der Caesar heiser!

Der gewöhnliche, auf seine Stimme bedachte Berliner würde, wenn er heiser wäre, sich den Hals mit dem Strumpf seiner Gattin einwickeln, Lindenblütenthee mit Ei und Zucker trinken und, das Deckbett sich bis über die Ohren ziehend, im Bett abwarten, bis die Heiserkeit vorüber wäre. Doch das, was für einen gewöhnlichen Berliner gut ist, ist dessen Kaisers nicht würdig. Kaiser Wilhelm bestieg also, um auch nicht einen Zoll seine Majestät zu erniedrigen, die „Hohenzollern“ und ließ sich auf die warmen Gewässer des Mittelmeeres fahren. Unter irgend einem Vorwande besuchte er seinen marokkanischen Kollegen, um diesem etwas zu sagen, der Sultan jedoch, welcher von der Redseligkeit des Kaisers wahrscheinlich schon gehört hatte, verzichtete auf die persönliche Begegnung und entsandte seinen halbtauben, greisen Dufel oder Dheim zu ihm. Die Verlegenheit Kaiser Wilhelms und die sengende marokkanische Sonne blieben nicht ohne Wirkung: der größte Redner unter den Kaisern erhielt allmählich seine Stimme wieder und nachdem er auf dem Rückwege, wie Demosthenes, vom Deck seines Schiffes die stürmische See zum Zweikampf auf Worte herausgefordert, erhielt das Organ des Hauptführers der Alldeutschen seine frühere Kraft und Elastizität wieder. Die Menschheit ward gerettet.

Wie das verschmachtende, die Düste der nahen Dase und des zwischen grünen Palmen und Wiesen dahinrauschenden Quells einatmende Dromedar seine Schritte in dieser Richtung beschleunigt, so schwamm Wilhelm, geheilt von seiner Heiserkeit, mit dem Vollauf seiner „Hohenzollern“ seinem Staate zu, um so schnell wie möglich mit den Proben seiner Beredsamkeit seine Untertanen zu beglücken. Er landete endlich in seinem Vaterlande und kaum ausgestiegen, öffnete er die Schleusen seiner Leidenschaft, d. h. er hielt zwei Reden: in Wilhelmshaven und Straßburg. In dem ersten Orte sprach er über den russisch-japanischen Krieg und behauptete äußerst weise, daß dessen Ergebnisse durchaus nicht die Überlegenheit Buddas über Christus bewiesen und zwar deshalb nicht, weil das russische Christentum nicht viel wert sei. Die Japaner seien, wie einst Attila und Napoleon, eine Gottesgeißel. Es sei nicht unmöglich, daß die gelbe japanische Flut erst an der Grenze Deutschlands

zerzählen werde. In Straßburg wieder behauptete er, daß der Grund der russischen Mißerfolge in Asien in der Trunksucht und Zügellosigkeit des russischen Heeres zu suchen sei.

Wilhelm hatte sich ausgedehnt, fühlte sich erleichtert und fuhr ruhig nach Hause, seine Minister dagegen kränkten sich die Stirn und zerbrachen sich den Kopf darüber, wie der Eindruck zu verwischen sei, welchen die Reden ihres Herrn und Gebieters in der Welt hervorriefen. Hätte der Kaiser nur über die inneren Angelegenheiten Deutschlands gesprochen, so würde das nur die Deutschen allein etwas angehen und nur sie allein hätten ihn gehört, so aber, da er das Gebiet der auswärtigen und Weltpolitik betrat, sprach Wilhelm zu der ganzen Welt und die ganze Welt hat ihn hören müssen. Und was noch schlimmer ist, durch seine Reden konnten sich Japan und Rußland getroffen fühlen und es mußte also schleunigst das Übel wieder gutgemacht werden, welches durch die Reden hervorgerufen wurde. Und die Minister nahmen ihre Zuflucht zu dem wiederholt schon erprobten Mittel. Im Reichsanzeiger erschien eine amtliche Mitteilung, welche versicherte, daß alles, was tausende von Personen gehört und eine Menge Stenographen geschrieben hatten, der Kaiser überhaupt nicht gesagt und man ihn nur mißverstanden habe.

Es scheint, daß man, trotz des Reinwaschens Wilhelms von seinen oratorischen Sünden weder in Tokio, noch in Petersburg aus dessen Auslassungen eine diplomatische Frage machen wird, denn sowohl der Zar, als auch der Mikado werden wahrscheinlich wissen, daß man viel leichter eine heroische Heiserkeit, als eine chronische Redseligkeit los werden kann.

Aus Nr. 3—4 des Przegląd Wszechpolski (Krakau)
vom März—April 1905:

Der Streit zwischen Frankreich und Deutschland um Marokko

hat unserer Ansicht nach eine große Bedeutung. Vor Jahresfrist schlossen England und Frankreich ein Bündnis, welches dem ersteren einen vorherrschenden Einfluß in Ägypten, dem letzteren in Marokko zuerkannte.

Später schloß Frankreich zwei Zusatzverträge mit Italien und Spanien und beendete — so schien es vor kurzem — hinsichtlich Marokkos alle internationalen Abrechnungen. Deutschland indes, welches sich ein ganzes Jahr lang dem obigen Vertrage gegenüber anscheinend gleichgültig verhielt, faßte plötzlich den Mut zu einer ersten politischen Rundgebung, welche bewies, daß es diese Abmachungen nicht anerkenne und Marokko als einen unabhängigen Staat behandeln werde. Eben diese Rolle erfüllte die Reise Wilhelms nach Marokko, welche nicht nur durch eine entsprechende Rede des beredsamen Monarchen, sondern auch durch ernste Schritte der deutschen Diplomatie unterstützt wurde. Wir nehmen nicht an, daß Deutschland die Absicht haben sollte, den ganzen Vertrag aufzuheben und Frankreich seiner erzielten Vorteile zu berauben, aber es will zeigen, daß eine derartige Angelegenheit seine Zustimmung haben müsse, daß für sein Übergehen vor einem Jahre Frankreich jetzt durch seine Demütigung bezahlen müsse. Und es scheint, daß es sein Ziel erreichen wird, daß die französische Diplomatie sich in direkte Unterhandlungen mit Berlin einlassen wird, daß sie sogar zu gewissen Zugeständnissen und neuen Verpflichtungen gezwungen werden wird. Dieser Aufschwung deutscher Kühnheit, welche durch den letzten waghalsigen politischen Schritt in die Erscheinung tritt,

hat seinen Ursprung zum Teil in der Schwächung Rußlands nach der Niederlage bei Mukden, zum Teil in dem traurigen inneren Zustande Frankreichs, welches nicht in der Lage ist, auf die deutschen Inmaßungen eine würdige Antwort zu geben. Vergleichen wir doch die Haltung Englands nach dem unglücklichen Telegramme an Krueger mit der heutigen Haltung Frankreichs und wir werden den ganzen Abgrund zwischen die beiden, einst gleichen Staaten, ermessen. Jedenfalls nehmen wir nicht an, daß der Sultan von Marokko bei dem deutschen Schutze besser fahren wird, als seiner Zeit Krueger. Nachdem es sein eigenes Geschäft erledigt und aus dieser Angelegenheit seinen möglichen Vorteil gezogen, wird Deutschland ihn zweifellos sogar mit noch leichterem Herzen opfern, als den unglücklichen Präsidenten von Transvaal.

Aus Nr. 224 des *Slowo Polskie* (Lemberg)

vom 14. Mai 1905:

Die Schule im Königreich.

Warschau, den 10. Mai.

Die Schulbewegung, welche im Königreich Polen mit so großer Opferfreudigkeit und Solidarität von der älteren und jüngeren Generation geführt wird, steht hauptsächlich unter der Leitung des „Vereins für die Rationalisierung der Schule“.

Diese Organisation, welche den Boykott der russischen Schulen planmäßig in der Hauptstadt und der Provinz durchgeführt hat, sammelte mehrere tausend Unterschriften von Eltern zwecks Unterstützung der begonnenen Bewegung und bemüht sich auch ferner, den Boykott der russischen Schule umzugestalten zu einem Kampfe mit der Regierung um das Recht, die Kinder polnisch unterrichten zu dürfen, „um die Seele der jetzigen und künftigen Generationen.“

„Der Verein für die Rationalisierung der Schulen“ sieht es deutlich, daß die Ansicht des Ministerkomitees in der Schulangelegenheit mit allen Kräften für die russifizierende Schule in Polen eintritt, obwohl sie grundsätzlich der Eröffnung von polnischen Privatanstalten, die aller staatlichen Rechte beraubt sind, nicht entgegentritt.

„Lieber eine Schule ohne Rechte, als die gegenwärtige russische Staatsschule“ — so lautet die allgemeine Ansicht, welche unlängst in einem Leitartikel von S. Kosłowski, unter dem Titel „die rechtlose Schule“ zum Ausdruck kam.

In dem Boykott der staatlichen Schulen auszuharren, dagegen die Anregung seitens der polnischen Gesellschaft zur Gründung von Privatschulen wachrufen — das ist der einzige Ausgangspunkt, würdig der polnischen Gesellschaft und der großen Sache, welche der „Verein für die Rationalisierung der Schule“ verteidigt. Der unlängst erlassene Aufruf, welcher in vielen Exemplaren im Lande umläuft, lautet wörtlich: „Landsleute!

Seit der Zeit, wo unsere Kinder der russischen Schule den Kampf in der schärfsten Form, zu welcher sie sich haben emporheben können, erklärten, wo sie der Schule der Falschheit, Heuchelei und Verdorbenheit den Rücken kehrten, sind viele, schwere Tage verflossen. . . .

In dieser schweren Zeit waren wir bemüht — soweit dies in unseren Kräften stand — das Gleichgewicht in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten, den Kleinmütigen Mut und den Leichtgläubigen Widerstandskraft einzufößen. Einsehend, daß der der russischen Staatsschule erklärte Kampf, ein Kampf um die Seele

der künftigen polnischen Generation ist, schlossen wir uns ihm mit der vollsten Überzeugung an, daß uns viele Opfer und Mühen bevorstehen, daß wir von keiner Seite auf Hilfe rechnen können und daß unsere einzige Waffe die Macht der gesellschaftlichen Solidarität bildet.

Und diese Zuversicht hat uns bis jetzt nicht getäuscht!

Mit Ausnahme einer handvoll, uns übrigens dem Namen nach bekannter Abtrünniger trat die Nation geschlossen gegen den Feind auf: im ganzen Königreich besuchten kaum 3 v. H. unserer Jugend jetzt die staatliche Schule.

Dies war für die Regierung, welche der Ansicht war, daß die hundertjährige Knechtschaft die gesellschaftliche Disziplin in uns vollständig vernichtete, eine Überraschung.

Ein derartiges Zusammenhalten der Gesellschaft bei der Verteidigung der der Muttersprache zukommenden Rechte, das ist unser erster Sieg, unsere erste Errungenschaft.

Aber auch die realen Vorteile dieses Kampfes sind heute schon wahrnehmbar; nicht hinsichtlich der bisher gefaßten allgemeinen und unverständlichen Beschlüsse des Ministerkomitees, — denn diese sind für uns belanglos — sondern in der sicherlich wichtigeren Tatsache, daß wir durch unser Vorgehen die Regierung gezwungen haben, über das polnische Schulwesen zu beraten, daß wir die Sache in die Spalten unserer legalen Presse brachten. Darüber, daß die Polen eine polnische Schule haben müssen, wird jetzt allgemein gesprochen und geschrieben. Abgesehen davon, daß die, übrigens einer scharfen russischen Zensur unterliegende Presse die Sache vom Standpunkte „beiderseitiger“ daraus entspringender Vorteile beleuchtet, weiß es jeder von uns recht gut, daß wir, ganz unabhängig davon, ob die polnische Schule sich als vorteilhaft oder schädlich für den russischen Staat erweist, die Schule erobern müssen, denn sie ist ein natürliches Bedürfnis unserer Nation in allen ihren Bevölkerungsschichten, eine Unterlage ihrer nationalen Existenz und ein notwendiger Hebel für unseren Fortschritt. Die russische Regierung sieht dies ebenfölgut ein, wie wir, und gibt sich deshalb die größte Mühe, diese Waffe in ihrer Hand zu behalten. An uns liegt es, ihr die Waffe zu entreißen. Keine Versuche der Milde rung der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse, keine teilweisen uns großmütig versprochenen Zugeständnisse werden dann auch die Nation berücken, welche den Inhalt und das Wesen des Kampfes versteht und fest entschlossen ist, in ihm bis zum endgültigen Siege auszuharren.

In diesem Kampfe können sich nur die Taktik und die Mittel des Vorgehens ändern.

Obwohl der Boykott der staatlichen Schulen die von uns gewählte Taktik und nicht den Inhalt, das Mittel und nicht das Wesen dieses Kampfes bildet, so müssen wir doch aus politischen Gründen heute mehr denn je an der Erhaltung dieses bereits erprobten Mittels festhalten, dem gegenüber die Regierung absolut machtlos dasteht.

Und obwohl wir es auch recht gut wissen, daß den Regierungskreisen durchaus nichts daran liegt, daß die Polen von dem Wissenschaftsborn freien Gebrauch machen, so wissen wir gleichfalls, daß sogar ein so barbarischer Staat, wie Rußland, auf die Dauer ohne Schulen im ganzen Königreich Polen nicht bestehen kann, und eben deshalb muß jetzt der Boykott der russischen Schule in seinem ganzen Umfange aufrecht erhalten werden.

Die offizielle russische Schule haben wir einstweilen durch den polnischen Privatunterricht ersetzt.

Die Regierung muß ihn dulden und wir müssen dringend dahin streben, ihn möglichst bald zu legalisieren. Zu diesem Zwecke müssen die russischen Schulen vollständig leer werden.

Landsleute! Wir dürfen jetzt nicht an eine Rückkehr der Jugend zu den staatlichen Schulen denken! Niemand darf sich Prüfungen unterwerfen, welche die Regierung gnädigst nach den Ferien abzulegen gestattet! Es ist nicht erlaubt, Bittgesuche um Aufnahme neuer Schüler, an Stelle derjenigen, die die Schule verlassen haben, zu richten!

Wir müssen verstehen, in der Tat und nicht nur in der passiven Nachgiebigkeit, in welcher wir durch vierzig Jahre uns befinden, auszuharren.

Warschau, den 30. April 1905.

Der Verein für die Nationalisierung der Schulen.“

Aus Nr. 113 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 18. Mai 1905:

Kongreß polnischer Journalisten.

Aus Abbazia teilt man uns mit: Gestern Vormittag fand in Bolosca die Eröffnung des VI. Kongresses slawischer Journalisten statt, zu dem viele Teilnehmer erschienen waren, u. a. waren von den Polen anwesend die Herren Ostajewski, Baranski, Lasakowicki, Beaupré, Milski, Kunciewicz, Profesz,

Stasjak, Zdiechowski, Szejepanski, aus Wien die Herren Krzywojewski, Kwajewski und Smolski, und als Delegierte der Ruthenen die Herren Markow und Monczalowski.

Eröffnet wurde der Kongreß mit einer kurzen Ansprache durch den Redakteur Herrn Holeczek aus Prag. Nach dem Verlesen der Begrüßungstelegramme wurde zum Präsidenten der Zusammenkunft der Abgeordnete Gribar aus Laibach gewählt, zu stellvertretenden Präsidenten wählte man die Herren Diawolsky aus Agram und Prof. Zdiechowski aus Krakau.

Herr Gribar dankte in längerer Rede für die Wahl und stellte den Antrag, ein Huldigungstelegramm an den Kaiser abzusenden; der Antrag wurde mit Beifall angenommen. Professor Zdiechowski, welcher ebenfalls für die Wahl dankte, hob in seiner Rede die Tragweite der russisch-polnischen Annäherung in der gegenwärtigen Zeit hervor. Redner komme gerade aus Moskau, wo er an dem russisch-polnischen Kongresse teilgenommen habe, welcher sich für die Autonomie des Königreichs Polen mit einem besonderen Landtage in Warschau erklärt habe.

Im Namen der Regierung begrüßte der Sekretär der Statthaltertschaft, Baron Zabiario, die Versammelten, im Namen der Stadt tat dies der Boloscaer Bürgermeister Dr. Stanger. Nunmehr begannen die meritorischen Beratungen in der Frage der Organisation. Nachmittags fand ein Bankett statt.

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...

...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...
...the ... of ... and ...